

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 9. Februar 1860.

Die Sitzung wird von dem bisherigen Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Abwesend sind die Herren Halle und Meyer, von welchen der Erstere entschuldigt ist.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 15. Decbr. v. J. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die zunächst von der Versammlung vorgenommene Wahl eines Vorsitzenden für das Kalenderjahr 1860 fällt mit 21 unter 24 Stimmen auf den bisherigen Herrn Vorsitzenden Desterreich, welcher dieses Amt fortzuführen sich bereit erklärt.

Als Stellvertreter desselben wird mit 20 unter 25 Stimmen Herr Grotian gewählt.

Der Herr Vorsitzende macht hierauf der Versammlung die Mittheilung, daß der Stadtmagistrat, um eine gleichmäßigere Heranziehung der Gewerbetreibenden zur Gemeinde- und Armen-Steuer herbeizuführen, von den Gewerbetreibenden besondere Verzeichnisse nach den einzelnen Arten des Gewerbebetriebes habe anfertigen lassen, welche der Central-Deputation für jene Steuer-Veranlagung zur vergleichenden Berücksichtigung bei den Abschätzungen zugestellt werden würden.

Die weiteren Verhandlungen betreffen die nachfolgenden Gegenstände:

I. In einem Schreiben vom 17. v. Mts. macht der Stadtmagistrat darauf aufmerksam, daß im nächsten Jahre seit der Gründung der Stadt Braunschweig tausend Jahre verflossen sein werden. Zum Zwecke der Veranstaltung einer dem Ereignisse entsprechenden, würdigen Feier, für welche der 20. August 1861, als der muthmaß-

liche Geburtstag des heiligen Autor, des frühern Schutzpatrons dieser Stadt, in Vorschlag gebracht wird, giebt der Stadtmagistrat der Versammlung anheim, eine Commission von fünf Mitgliedern zu wählen, welche mit dem Vorsitzenden und zwei andern Mitgliedern des Stadtmagistrats in Vorberathung treten und das Resultat derselben demnächst zur endgiltigen Beschlußnahme mittheilen solle.

Die vorgenommene Wahl fällt mit entschiedener Stimmenmehrheit auf den Herrn Vorsitzenden Desterreich und die Herren Häusler, Uhde, Kellner und Kambohr.

II. Namens der Finanz-Commission verliest Herr Grotrian ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 30. v. Mts. folgenden Inhalts:

Die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, mit welcher der lektberathene neue Contract bis auf die noch rückständige Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums zum Abschlusse gekommen ist, bedarf zur Anlegung eines zweiten Gasometers und zu verschiedenen anderen nothwendigen Einrichtungen eines Capitals von 43000  $\mathfrak{R}$  und beabsichtigt dasselbe auf die Weise aufzubringen, daß auf jede der ursprünglichen Stammactien zu 1000  $\mathfrak{R}$  noch eine Actie zu 500  $\mathfrak{R}$  gegeben wird. Auf diese Actie würden, gegen Verzichtleistung auf die zweijährigen Dividenden vom 1. Juli 1858 bis 1860 und auf ein zu den Zwecken der Gas-Anstalt verwendetes beziehungsweise im Betriebe stehendes Guthaben, nur 130  $\mathfrak{R}$  in drei Raten, am 15. d. Mts., 15. April und 1. Juni d. J. einzuzahlen sein. Wenn es nun auch den einzelnen Inhabern der Stammactien freigestellt geblieben ist, die Bethheiligung an der Ausbringung des obigen Capitals in der vorgeschlagenen Weise abzulehnen, so hält doch der Stadtmagistrat dem Interesse der Stadt entsprechend:

»von den auszugebenden neuen Actien die auf deren Stamm-Actien fallenden 15 Stück mit überhaupt 7500  $\mathfrak{R}$  zu übernehmen,«

und giebt die desfallsige Genehmigung anheim.

Auf Antrag der Finanz-Commission nimmt die Versammlung die Proposition des Stadtmagistrats an.

III. In einem andern von dem Herrn Grotrian als Referenten der Finanz-Commission verlesenen Schreiben vom 29. v. Mts. äußert sich der Stadtmagistrat über die Verlegung der Nachricterei aus hiesiger Stadt.

Der Besitzer der hiesigen Nachricterei, Unverzagt, wohnt in einem eignen Hause am südlichen Ende der Mauernstraße nahe dem Steinwege dicht am vormals Silem'schen Hause und hat sein Geschäft von dieser seiner Wohnung aus wenigstens insoweit betrieben, als er das Ausbraten des Fetts in seiner Behausung besorgt und das ihm überwiesene freipirte Vieh Abends vorläufig nach seinem Hause geschafft hat. Diese nicht zu hindernde Geschäfts-Ausübung wird um so unangenehmer für das Publicum werden, je lebhafter der Verkehr in der Nähe des Theaters zumal zur Abendzeit sich gestalten wird. Zur Beseitigung dieser Unannehmlichkeiten sind vom Stadtmagistrate mit dem Unverzagt Unterhandlungen angeknüpft, um denselben zur Verlegung seiner Nachricterei überhaupt aus dem Innern der Stadt zu veranlassen. Unverzagt ist darauf eingegangen und hat sein Augenmerk auf das dem Gärtner Bäse zugehörige vor dem Wendenthore in der Nähe der Bleiche belegene Grundstück gerichtet, auf welchem auch nach Ansicht der Herzogl. Polizei-Direction der oben ange-deutete Geschäftsbetrieb ohne erhebliche Belästigung für die Umwohner und das Publicum überhaupt vorgenommen werden könnte. Für jenes Grundstück sind von dem



Eigenthümer 5000  $\text{₰}$  gefordert, während Unverzagt für sein Grundstück in hiesiger Stadt einen Kaufpreis von 2500  $\text{₰}$  zu erzielen hofft. Die Verlegung seiner Nachrichterei von diesem auf jenes Grundstück ist von Unverzagt zugesagt, wenn ihm eine Zubeße oder Entschädigung von 2500  $\text{₰}$  gezahlt würde. In der Erwartung, daß Unverzagt diese Forderung auf 2000  $\text{₰}$  ermäßigen werde, hat der Stadtmagistrat bei Herzogl. Staatsministerium die Uebernahme der Hälfte dieser Entschädigung mit 1000  $\text{₰}$  erwirkt und beantragt derselbe:

»die Verwilligung der andern Hälfte mit 1000  $\text{₰}$  aus der Stadt-Casse.«

Die Finanz-Commission hält die Entfernung der Nachrichterei aus dem Innern der Stadt eines solchen Opfers werth und wird nach kurzer Debatte, in welcher Herr Fabricius meint, daß vielleicht ein anderes geeignetes Grundstück vor dem Wendenthore für den Unverzagt zu einem wohlfeilern Preise gefunden werden könnte, und Herr Häusler entsprechende Bedingungen dafür gestellt sehen möchte, daß nicht das jetzige Unverzagtsche Grundstück zu einem andern für die Nachbarschaft des Theaters nicht geeigneten Gewerbebetriebe benutzt werde, von anderer Seite, insbesondere von dem Herrn Overbürgermeister Caspari und von dem Herrn Referenten Grotrian aber erklärt wird, daß Aussicht zum Erwerbe eines wohlfeilern und dabei den Anforderungen des Unverzagt entsprechenden Grundstücks nicht vorhanden sei, daß ferner der Verkauf des jetzigen Unverzagtschen Grundstücks nicht wohl von solchen beschränkenden Bedingungen abhängig gemacht werden dürfe, — von der Versammlung

»die Verwilligung von 1000  $\text{₰}$  aus der Stadt-Casse zu dem vorgedachten Zwecke«

ausgesprochen.

IV. Unter Bezugnahme auf seine frühere Mittheilung in der Sitzung am 14. April v. J., die Verathung einer Bauordnung für die hiesige Stadt betreffend, giebt der Herr Vorsitzende Namens der Statuten-Commission der Versammlung anheim:

»zu genehmigen, daß nur diejenigen Bestimmungen der Bauordnung, in Bezug auf welche schriftliche Aenderungs-Anträge binnen einer zu bestimmenden Frist der Statuten-Commission zugegangen wären, von letzterer zum Vortrage gebracht und zur Verathung verstellt würden.«

Von den Herren Nieß, Bartels und Rischbieter wird eine Verathung der Bauordnung nach ihrem vollständigen Inhalte, also Punkt für Punkt, für wünschenswerth gehalten, wogegen die Herren Overbürgermeister Caspari, Kronheim und Südel den Antrag der Commission unterstützen, weil in obiger Weise die Mitglieder der Versammlung um so mehr darauf hingeführt würden, die Bauordnung einer genauern Prüfung in ihrem ganzen Zusammenhange zu unterwerfen.

Der Commissions-Antrag wird von der Versammlung angenommen und die Frist zur Einreichung der schriftlichen Aenderungs-Anträge bis zum 15. k. Mts. bestimmt.

V. In einem von dem Herrn Grotrian, als Referenten der Finanz-Commission, verlesenen Schreiben des Stadtmagistrats vom 15. v. Mts. handelt es sich um die Annahme zweier Schulpedelle für die beiden niedern Bürgerschulen an der Leopoldstraße und an der Reichenstraße:

Bisher sind zu den gewöhnlichen Dienstleistungen in jenen beiden Schulen zwei Schulknechte verwendet, welche neben freier Wohnung und Heizung mit einem jährlichen Lohne von 42  $\text{₰}$  auf monatliche Kündigung angenommen und wegen dieser geringen Löhnung noch auf andern Verdienst angewiesen sind. In Folge der Ver-

mehrung der Schulklassen und der Unterrichtsstunden wird die Dienstthätigkeit der Schulknechte für die Reinigung der Schullocalitäten und für andere Besorgungen so sehr in Anspruch genommen, daß dieselben nicht wohl Zeit haben, noch anderweite Arbeiten zu übernehmen, deshalb aber auch besser gelohnt werden müssen. Unter diesen Umständen beantragt der Stadtmagistrat die Zustimmung der Versammlung dazu: »daß von Ostern d. J. an bei einer jeden der niedern Volksschulen ein Schulpedell mit einer jährlichen auf die Gemeindeschul-Casse zu übernehmenden Remuneration von 100  $\text{R}$  neben freier Wohnung und, bei sparsamem Verbräuche des Heizungsmaterials für die Schule, freiem Holze zum Heizen der Wohnstube und zum Brennen in der Küche auf vierteljährliche Kündigung angestellt werde.«

Auf die jetzt vorhandenen beiden Schulknechte wird dabei nicht reflectirt, vielmehr wird, weil sie den Anforderungen bisher nicht hinlänglich genügt haben, die Entlassung Beider, beabsichtigt, jedoch rücksichtlich des ältern und wenig arbeitsfähigen Schulknechts Albrecht:

»eine jährliche aus der Armen-Casse zu zahlende Unterstützung von 25  $\text{R}$  für seine noch übrige Lebenszeit,« vom Stadtmagistrate in Vorschlag gebracht.

Die Commission erkennt die Nothwendigkeit der vom Stadtmagistrate proponirten anderweiten Einrichtung in Ansehung des Pedellendienstes in jenen beiden Schulen an und hält auch die vorgeschlagene Unterstützung des Albrecht für billig.

Von der Versammlung wird die vom Stadtmagistrate beantragte Zustimmung erteilt und die vorgeschlagene Unterstützung aus der Armen-Casse für den Albrecht verwilligt.

Nach Erledigung noch einiger Gesuche um Erlaß der Gemeinde- und Armen-Steuer für das vergangene Jahr, beziehungsweise um Unterstützung aus der Stadt-Casse behuf Ueberfiedelung nach America wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzen- den Desterreich geschlossen.

12. 2.

Sitzung am 1. März 1860.

1860.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 9. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Halle, Meyer, Niemeyer und Uhde wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; abwesend ist auch noch Herr Degener.

Gegenstände der Versammlung:

I. Zunächst wird zur Uebersiedelung einer Angehörigen der hiesigen Stadt nach Amerika eine erbetene Geldunterstützung aus der Stadt-Casse verwilligt.

II. In einem von dem Herrn Grotzian als Referenten der Finanz-Commission verlesenen Schreiben des Stadtmagistrats vom 15. v. Mts. wird für die Ordnung und Verzeichnung der im hiesigen städtischen Archive aufbewahrten Acten und Urkunden eine Verwilligung von 200  $\text{\$}$  jährlich für die Jahre 1860 und 1861 aus der Stadt-Casse in Anspruch genommen. Die reichhaltige Sammlung jener bis zu den frühesten Zeiten zurückgehenden Acten und Urkunden, welche für den deutschen Geschichtsforscher von um so höherm Interesse sind, als die hiesige Stadt als angesehenene Hansestadt geschichtliche Bedeutung hat, ist zum Theil schon durch den verstorbenen Stadtdirector Bode geordnet. Die desfallsigen Vorarbeiten lassen eine weitere Fortführung und Ausführung wünschen, um die Sammlung noch nutzbarer zu machen, ja es wird sogar für eine Ehrenpflicht zu halten sein, diesem Zwecke durch Aufwendung der erforderlichen Geldmittel förderlich zu werden. Es liegt zwar nicht in Absicht, einen besondern Archivar anzustellen; auf der andern Seite sind aber auch nicht bei dem Stadtmagistrate die nöthigen Arbeitskräfte zu erübrigen; es bietet sich jedoch gerade zur Zeit eine günstige Gelegenheit dar, jene archivalischen Arbeiten durch eine geeignete Persönlichkeit wieder aufnehmen und so rasch beendigen zu lassen, daß vielleicht schon für das bevorstehende tausendjährige Jubiläum der hiesigen Stadt historische Denkwürdigkeiten veröffentlicht werden könnten.

In Uebereinstimmung mit dem Stadtmagistrate giebt die Commission anheim:

»dem Stadtmagistrate für die Jahre 1860 und 1861 je 200  $\text{\$}$  zu obigem Zwecke zur Verfügung zu stellen.«

und wird solches auch von der Versammlung beschlossen.

III. Ueber die Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt wird in vertraulicher Sitzung beraten und Beschluß gefaßt.

IV. Unter Bezugnahme auf die Verhandlung in der letzten Sitzung, die Verleihung der Abdeckerei aus der hiesigen Stadt betreffend, macht der Herr Oberbürgermeister Caspari der Versammlung bekannt, daß der Abdeckerei-Besitzer Unverzagt sich nicht habe bereit finden lassen, gegen eine Entschädigung von 2000  $\text{\$}$  sein Grund-

stück im Innern der Stadt aufzugeben, vielmehr auf seine frühere Forderung von 2500  $\mathfrak{f}$  bestanden habe. Dadurch sei dem Stadtmagistrate Veranlassung gegeben, bei Herzogl. Staats-Ministerium auf eine Nachverwilligung von 250  $\mathfrak{f}$  anzutragen, in der Voraussetzung, daß von Seiten der Stadt die andere Hälfte mit 250  $\mathfrak{f}$  übernommen würde. Das Herzogl. Staatsministerium habe aber diese anderweite Zusage abgelehnt und es werde jetzt darauf ankommen, ob das diesseitige Interesse an der Entfernung der Abdeckerei aus dem Innern der Stadt so erheblich sei, um zu den verwilligten 1000  $\mathfrak{f}$  noch den weiteren Betrag von 500  $\mathfrak{f}$  zuzulegen. Nach Ansicht des Stadtmagistrats dürfe selbst dieses größere Opfer nicht zu scheuen sein, wenn dasselbe zur Erreichung des hier in Frage stehenden Zieles führe.

Die Herren Lissebon, Aronheim, der Herr Vorsitzende und Herr Rischbieter, welcher letztere mittheilt, daß die Verhandlungen über die Erwerbung des Bäse'schen Grundstücks Seitens des Unverzagt dem Vernehmen nach sich zerschlagen haben, erklären sich für die weitere Verwilligung der 500  $\mathfrak{f}$ , sofern dadurch die Verlegung der Abdeckerei aus dem Innern der Stadt gesichert und dabei berücksichtigt würde, daß von dem Unverzagt für seinen Geschäftsbetrieb ein Grundstück gewählt werde, welches in angemessener Entfernung von der Stadt gelegen sei. In dieser Beziehung spricht Herr Aronheim noch den Wunsch aus, daß es der hiesigen Stadt auf eine Erhöhung der Entschädigung bis zu 2000  $\mathfrak{f}$  nicht ankommen möge, wenn Unverzagt dahin disponirt werden könnte, seinen Geschäftsbetrieb nach der Stelle auf dem Bülden zu verlegen, an welcher der Aufbewahrungsort für das crepirte Vieh sich befinde; die Versammlung widerspricht der Erfüllung dieses Wunsches nicht und nimmt Herr Overbürgermeister Caspari hiervon Notiz.

Von der Versammlung wird beschlossen:

»dem Stadtmagistrate zu den verwilligten 1000  $\mathfrak{f}$  noch 500  $\mathfrak{f}$  aus der Stadt-Casse zur Verfügung zu stellen, um den Unverzagt gegen die Zusage der von ihm geforderten 2500  $\mathfrak{f}$  zur Verlegung seines Abdeckerei-Geschäfts aus dem Innern der Stadt nach einer geeigneten Stelle vor den Thoren bindend verpflichten zu können.«

Nach Beendigung dieser Verhandlungen erfolgt der Schluß der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung.



**N<sup>o</sup> 3.****Sitzung am 19. April 1860.****1860.**

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Fabricius, Grottrian und Ramdohr wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 1. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Zwei Mittheilungen des Stadtmagistrats vom 17. v. resp. 14. d. Mts., über welche Namens der Finanz-Commission Herr Fudel der Versammlung Vortrag macht, betreffen die Verlängerung der Pacht- und Miethcontracte, welche zwischen der hiesigen Stadt und

1) dem Weinhändler Pappée, resp. diesem und dessen Compagnon, Weinhändler Büschhoff, rücksichtlich des am Hagenmarkte belegenen Wein- und Bier-Kellers, der »Engel« genannt, und der unter dem Neustadt-Rathhause befindlichen Kellerräume, —

2) dem Schneidermeister Schrader, dem Maurergefellen Gerecke, dem Hof-Böttcher Helmholz und dem Conditor Müller rücksichtlich der unter dem Gebäude der Bürgerschule östlichen Bezirks befindlichen Kellerräume, —

bestehen.

In Uebereinstimmung der Commission mit dem Stadt-Magistrate werden die Pachtcontracte mit Pappée und mit diesem und Büschhoff zu dem bisherigen Pachtpreisen von 800  $\text{fl}$  und 200  $\text{fl}$  jährlich bis Michaelis 1863 und die Miethcontracte mit den unter 2 genannten Miethern zu den frühern Miethpreisen von 14, 4, 8 und 8  $\text{fl}$  jährlich bis Ostern 1862 und unter den sonstigen Bedingungen auch von der Sammlung in Kraft und Wirksamkeit erhalten.

II. In einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 23. Januar d. J., die für das laufende Jahr bestimmte Neupflasterung des Werders und Käthgenhagens und des Strazenzuges vom Gewandhaufe bis zur Hutfiltern-Brücke betreffend, sind bei Mittheilung der Kostenanschläge insbesondere folgende Punkte hervorgehoben:

1) Statt der im Jahre 1855 beschlossenen Verwendung der gewöhnlichen Kieselsteine ist jetzt auch bei dem Werder und Käthgenhagen die Neupflasterung mit den Harzburgern Steinen für besser und zweckmäßiger gehalten, zumal jene Kieselsteine recht gut zu Ausbesserungen der ältern mit gleichen Steinen gepflasterten Straßen genutzt werden können.

2) In der Poststraße und vor der Häuserreihe am Kohlmarke entlang soll die jetzige Breite des Trottoirs beibehalten werden; dabei ist in Anschlag gebracht, daß das Trottoir mit einer doppelten Reihe der üblichen Platten-Steine belegt werde; der Stadtmagistrat giebt namentlich mit Rücksicht auf den lebhaften Verkehr in der Messe anheim, zu genehmigen, daß der ganze Trottoirraum mit Steinplatten bedeckt werde, wenn die Kosten nicht bedeutend höher ausfallen würden.

3) In dem Straßenzuge vom Gewandhause bis zur Hutfiltern-Brücke soll das Hauswasser durch Nebencanäle unmittelbar in den Straßen-Canal abgeführt werden, damit dasselbe nicht in den offenen Gassen auf der Straße stagnire und Schmutz und Gestank erzeuge; der desfallsige Mehraufwand für die Hausbesitzer ist auf etwa 850  $\text{fl}$  für die ganze Strecke veranschlagt, wobei noch der weiteren Entschließung vorbehalten ist, ob jene Nebencanäle aus Belpfer Platten oder aus Thonröhren herzustellen seien.

Von den Bedenken, welche Namens der Baudeputation durch den Herrn Graf gegen die obigen drei Puncte geltend gemacht werden, werden die gegen die Neupflasterung des Werders und Râthgenhagens mit Harzburger Steinen und gegen die Belegung des ganzen Trottoirs in der Poststraße und am Kohlmarke mit Steinplatten fallen gelassen, nachdem im Verlaufe der kurzen Debatte auch von der Deputation anerkannt worden, daß die größere Dauerhaftigkeit und Zweckmäßigkeit vor der etwas größern Kostspieligkeit entscheidend werde. Gegen die Anlegung der Nebencanäle zur Abführung des Hauswassers in den Straßencanal wird von der Bau-Deputation eingewendet, daß dadurch dem in den Canälen hausenden Ungeziefer Zugang in die Häuser verschafft werde. Nach Ansicht des Herrn Overbürgermeisters Caspari, des Herrn Vorsitzenden und des Herrn Meyer würde das Ungeziefer auch ohne die Vermittlung solcher Canäle den Weg in die Häuser finden, leicht aber durch Gitter oder Rosten zurückgehalten werden können; auf der andern Seite würde durch jene Nebencanäle eine größere Reinlichkeit in den Straßengassen erzielt werden, wenn auch die von Herrn Lissebon gerügten Ausdünstungen aus den Canal-Öffnungen, welche mehr oder weniger mit jeder Canal-Anlage verbunden sein würden, unbeseitigt blieben.

Durch die Abstimmung werden die sämtlichen Propositionen des Stadtmagistrats, insbesondere hinsichtlich der Neupflasterung des Werders und Râthgenhagens mit Harzburger Steinen, hinsichtlich der Herstellung des Trottoirs in der Poststraße und am Kohlmarke durch eine nach allen Seiten hin zusammenhängende Steinplatten-Lage, sofern die desfallsigen Mehrkosten nicht zu hoch sich belaufen würden, und hinsichtlich der Abführung des Hauswassers durch Nebencanäle in den Hauptcanal des Straßenzuges vom Gewandhause bis zur Hutfiltern-Brücke, von der Versammlung genehmigt.

III. In einem von Herrn Fûdel, als Referenten der Finanz-Commission, vorgelesenen Schreiben vom 11. v. Mts. äußert sich der Stadtmagistrat über Geldanforderungen für das Schützenwesen:

Von den für das abgebrannte Schützengebäude aufgetommenen Versicherungsgeldern im Gesamtbetrage von etwa 8400  $\text{fl}$  sind, neben andern Verwendungen auch für Herstellung eines provisorischen Schießstandes, im Ganzen etwa 1000  $\text{fl}$  verausgabt. Für die Dauer genügt aber dieses Provisorium nicht und es ist deshalb darauf Bedacht genommen, an Stelle des alten Gebäudes ein neues Schützenlocal zu setzen, um die regelmäßigen Schießübungen und durch dieselben das alljährliche Königsschießen, das einzige Volksfest unserer Stadt, fortbestehen lassen zu können. Nach dem Plane und Anschlage des Stadtbaumeisters Tappe wird der auf das Nothwendigste beschränkte Neubau eines Schützenhauses einen Kostenaufwand von etwa 10000  $\text{fl}$  unvermeidlich machen. Die Schafferei des hiesigen Schützenwesens, welche über andere Geldmittel als die von den Versicherungsgeldern übrig gebliebenen 7400  $\text{fl}$  nicht zu verfügen hat, hat um Unterstützungen aus der Stadt-Casse gebeten.

Diese Unterstüzungen sind noch auf einige andere Zwecke gerichtet und vom Stadtmagistrate in den nachstehenden Anträgen zur Gewährung empfohlen.

1) Zum Ankaufe der Wiese, welche den Schießplatz bildet, wird der Schützen-gesellschaft das gewünschte Capital von 1500  $\text{fl}$  gegen die Verpflichtung, dasselbe mit 4 % zu verzinsen, und mit 1 % jährlich zu amortisiren, sowie mit der Wiese und ihren übrigen Besitzungen Hypothek zu bestellen, aus der Stadt-Casse vorgeliehen.

2) Die zur Abfindung der Sitz-Interessenten in dem abgebrannten Hause aus der Stadt-Casse vorgeschossenen 430  $\text{fl}$  werden niedergeschlagen.

3) Zum Baue des neuen Schützenlocals wird der Schützengesellschaft ein Zuschuß bis zum Betrage von 2600  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse bewilligt, mit der Auszahlung dieser Summe aber erst alsdann begonnen, wenn die Brandversicherungsgelder verwendet sind.

4) Dieses vorzuschußweise gegebene Capital ist von der Schafferei der hiesigen Stadt nach halbjähriger Kündigung zurückzuzahlen oder mit 4 % zu verzinsen und mit 1 % zu amortisiren, sobald die Verhältnisse der Schützengesellschaft solches gestatten, eventuell wird dieser Zeitpunkt zur Entscheidung des Herzogl. Staats-Ministeriums verstellt.

5) Die Schafferei überweist die Grundstücke der Schützengesellschaft der hiesigen Stadt gegen Uebernahme der darauf lastenden Hypothekschulden für den Fall, daß die Gesellschaft sich auflösen und der obige Voranschuß noch nicht zurückgezahlt sein würde.

Die Commission will die Erörterungen darüber, ob das Schützenwesen überhaupt noch zeitgemäß sei, auf sich beruhen lassen, indem sie allerdings anerkennt, daß mit dem Aufhören der regelmäßigen Schießübungen auch die mit dem Königsschießen verbundenen Festlichkeiten aufhören würden, was vielleicht nicht gerade gewünscht werden dürfe. Sie hat auch gegen die Darlehung der 1500  $\text{fl}$  zum Ankaufe der Wiese und gegen die Niederschlagung der 430  $\text{fl}$  nichts zu erinnern, hält aber den Zuschuß von 2600  $\text{fl}$ , welche offenbar als der Schützengesellschaft geschenkt betrachtet werden müßten, für nicht hinlänglich motivirt und jedenfalls für zu bedeutend. In letzterer Beziehung geht die Commission davon aus, daß der Stadtbaumeister Tappe bei der Entwerfung des Plans zu dem neuen Schützenhause die Wünsche der Schafferei zu weit berücksichtigt habe und ein Schießstand, zu welchem das neue Haus doch nur dienen solle, gewiß mit einem geringeren Kostenaufwande herzustellen sein werde.

Demnach beantragt die Commission:

»dem Stadtmagistrate zur weiteren Erwägung zu verstellen, ob nicht ein den Zwecken und Bedürfnissen der Schützengesellschaft genügend entsprechendes Schützenlocal unter alleiniger Verwendung der vorrätigen Brandversicherungsgelder im Betrage von 7400  $\text{fl}$  hergerichtet werden könne.«

Herr Meyer erblickt in dem Schützenhause nicht mehr den Mittelpunkt des sogenannten Maschfestes, welches überhaupt für ein Volksfest nicht mehr gelten könne. Das ganze Schützen-Institut biete nur noch Einzelnen zu gefelligem Vergnügen Gelegenheit, gehe sogar einem unvermeidlichen Untergange entgegen und habe jedenfalls keine

reelle Bedeutung mehr für die hiesige Stadt. Im Hinblick auf die wirklich dringenden Bedürfnisse der letztern wird von Herrn Meyer beantragt:

»jede Bewilligung aus städtischen Mitteln für das Schützenwesen abzulehnen.«

Auch Herr Aronheim hält, in Erwägung, daß bei Bewilligung nicht ganz dringender Ausgaben aus der Stadt-Casse nur um so strenger zu Werke gegangen werden müsse, die Verwendung von städtischen Mitteln zum Ankaufe der Wiese für nicht nothwendig, da letztere unter den bisherigen Verhältnissen der Schützengesellschaft zur Benutzung für ihre Zwecke verbleiben werde, und die vorrätigen Brandversicherungs-Gelder im Betrage von 7400  $\mathfrak{M}$  zum Baue eines Schützenlocals für genügend. Um indessen für einen etwaigen Vorschuß Seitens der hiesigen Stadt ein bestimmtes Maß festzustellen, die allmälige Tilgung desselben zu sichern und die Stadt vor allen Nachforderungen zu bewahren, stellt Herr Aronheim den Antrag:

»der Schützengesellschaft unter Anrechnung der frühern 430  $\mathfrak{M}$  eine Summe bis zu 3000  $\mathfrak{M}$  gegen Verpfändung ihrer Grundstücke zwar zinsfrei, jedoch unter der Bedingung aus der Stadt-Casse zu verwilligen, daß dieses Capital mit 2 Procent jährlich amortisirt und überhaupt nicht eher gezahlt werde, als bis die Gebäude fertig und die Nachweisung geliefert sei, daß durch obigen Vorschuß die sämmtlichen Baukosten gedeckt werden würden.«

Herr Kellner giebt zu, daß das Schützenwesen seinen frühern ernstern Charakter verloren habe und jetzt mehr dem geselligen Vergnügen diene; gleichwohl wurzle es noch so tief in unserer bürgerlichen Gesellschaft, daß es um so weniger fallen gelassen werden dürfe, als sich demselben ein jährliches Volksfest anschließe; von diesem Gesichtspunkte aus würden die Propositionen des Stadtmagistrats Berücksichtigung finden müssen und werde eventuell wenigstens der Antrag des Herrn Aronheim zur Annahme sich empfehlen.

Herr Kloss weist außerdem noch auf die guten Dienste der Schützen-Compagnie im Jahre 1848 und auf den gewerblichen Verkehr zur Zeit des Maschfestes hin.

Herr Oberbürgermeister Caspari nimmt für das Schützenwesen auch nach der jetzigen Art und Weise seines Fortbestehens Schutz und Unterstützung in Anspruch, um mit demselben das einzige aus alten Zeiten herrührende Volksfest der hiesigen Stadt zu erhalten. Die Bedeutung des letztern möge, so lange nicht etwas Anderes an dessen Stelle getreten sei, nicht zu gering geachtet und möge dabei erwogen werden, daß dem Schützenwesen auch noch zur Zeit regelmäßige Zuwendungen sogar aus Staatsmitteln zufließen. Bei dem nothwendig gewordenen Baue eines neuen Schützenlocals, wie dasselbe nach Maßgabe des Bedürfnisses projectirt worden, würden sich nennenswerthe Ersparungen nicht erzielen lassen; der Ankauf der Wiese sei immerhin sehr wünschenswerth und die Ausgabe dafür unverloren.

In gleichem Sinne erklären sich auch die Herren Nieß, Rischbieter und Nothdurft für die Propositionen des Stadtmagistrats, während die Herren Grass und Fissebon meinen, daß es auf den Fortbestand des Schützenwesens ohne Einfluß sein werde, ob ein Schützenlocal für 7000  $\mathfrak{M}$  oder 10,000  $\mathfrak{M}$  hergestellt würde.

Herr Tüdel befürwortet noch einmal den Commissions-Antrag und kommt darauf zurück, daß ein Schützenlocal gewiß schon für 7400  $\mathfrak{M}$  zu schaffen sein werde. Gegen den Antrag des Herrn Aronheim trete das Bedenken hervor, daß nach





Die Baudeputation, Namens welcher Herr Graß über die Vorlage Bericht erstattet, erklärt sich im Allgemeinen mit dem projectirten Begebau einverstanden, wünscht nur für die erstere Strecke eine etwas größere Breite zu gewinnen, weil dieser Weg demnächst wohl die Hauptstraße eines neuen Stadttheiles bilden würde. Da aber zu diesem Zwecke ein Theil des Bahnhof-Terrains in Anspruch genommen werden sollte und zu dessen Erlangung nach Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari gar keine Aussicht vorhanden ist, so bleibt die Sache nach dieser Seite hin auf sich beruhen.

In anderer Weis nimmt Herr Häusler diesen Wunsch auf, indem er eine Verbreiterung des Weges dadurch zu erzielen beabsichtigt, daß der auf der rechten Seite des Weges, dem Bahnhofs gegenüber befindliche Graben ausgefüllt würde. Der Graben würde sich nach einen verdeckten Canal erheben lassen, in welchen aus einer auf dem Wege oberhalb des Canals angelegten Gasse das Wasser abzuleiten wäre. Um die Sache selbst und die mit einer solchen Anlage verbundenen Kosten prüfen und übersehen zu können, giebt Herr Häusler anheim:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, Plan und Anschlag zu solcher Canal-Anlage anfertigen zu lassen.«

Die Herren Flagg, Löffel und Meyer unterstützen diesen Antrag.

Die Herren Graß und Leßbon wenden dagegen ein, daß der Canal zu tief zu liegen kommen würde, um im Erfolg zur Wasserableitung dienen zu können, und die Anlage selbst im Verhältniß zu der voraussichtlich nicht starken Frequenz auf diesem Wege entschieden zu kostspielig werden würde.

Durch die Abstimmung wird die Proposition des Stadtmagistrats angenommen; der Antrag des Herrn Häusler erhält nicht die erforderliche Stimmenmehrheit.

V. Nach Erledigung mehrerer Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich geschlossen.

**N<sup>o</sup> 4.**

(Fortsetzung der Beilage zu N<sup>o</sup> 144 de 1860 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1860.**

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 24. Mai 1860.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Fabricius, Grund, Meyer, Nieß und Uhlde wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 19. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Vor dem Uebergange zur Tagesordnung macht der Herr Vorsitzende der Versammlung aus einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 19. v. M. Vortrag:

Bei Gelegenheit einer Veränderung der straßenseitigen Fronte des Glasermeister Meyerschen Hauses N<sup>o</sup> 37 an der Schuhstraße im Stockwerke zu ebener Erde ist von dem Stadtbaumeister Tappe eine thunliche Verbreiterung der Schuhstraße, insbesondere des Trottoirs an dieser Stelle, für wünschenswerth und zweckmäßig erachtet. Der genannte Eigenthümer jenes Hauses hat sich bereit erklärt, mit seiner etwas in die Straße vorspringenden Hausfronte in die Fluchtlinie der Nachbarhäuser zurück zu rücken, wenn ihm für Raumverlust und größeren Kostenaufwand eine Entschädigung von 120  $\text{fl}$  gezahlt und er mit dem bereits begonnenen Baue nicht zu lange aufgehalten werde. In Uebereinstimmung mit der städtischen Baudeputation ist dem Meyer jene nicht für zu hoch gehaltene Entschädigung zugesichert und giebt der Stadtmagistrat anheim:

»die Genehmigung zur Zahlung obiger 120  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse zu ertheilen.«

Die Herren Grass und Lissebon, als Mitglieder der Baudeputation, unterstützen die Proposition und wird die beantragte Genehmigung von der Versammlung ertheilt.

Herr Flagge erbittet sich von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari Auskunft darüber, ob nicht bei dem Wolters'schen Baue an der Echternstraße ebenfalls eine Verbreiterung und Geradelegung der Straße, welche rücksichtlich des nach dem Wilhelmithore zu gelegenen vorspringenden Hauses wohl ohne zu erhebliche Opfer zu erreichen gewesen wäre, in Erwägung gezogen sei?

Von Herrn Oberbürgermeister Caspari erfolgt darauf die Mittheilung, daß mit dem Brauer Wolters in dieser Beziehung eine Vereinbarung zwar versucht, aber nicht erreicht sei, weil die Regulirung der Straße eine Ausgabe von 600  $\mathfrak{M}$  aus der Stadt-Casse verursacht haben würde, ein Opfer, welches für den weniger allgemeinen und lebhaften Verkehr auf der Echternstraße jedenfalls zu bedeutend erschienen sei.

Als erster Gegenstand der Tagesordnung liegt ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 16. d. Mts. vor, inhalts dessen der Tabakfabrikant Blume einen Theil des Terrains, in welchem die städtischen Fischhälter am Bruchthore belegen sind, und eventuell sogar dieses ganze Terrain käuflich zu erwerben beabsichtigt. Diese Angelegenheit ist der Baudeputation zur Vorprüfung überwiesen; da aber nach dem Befehle des Herrn Grass der Tabakfabrikant Blume die bestimmte, wenn auch nur mündliche, Erklärung abgegeben hat, daß er auf den Erwerb von dem Fischhälter-Terrain nicht mehr reflectire, und in Folge davon auch die weiteren in Betreff des Fischmeisters Haase, als Pächters der städtischen Fischhälter, und eines der Anlieger, des Hof-Steinbauer- und Maurermeisters Götte, von Seiten des Stadtmagistrats vorgeschlagenen Verfügungen Zweck und Bedeutung verloren haben, so wird die Sache nach zustimmender Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari zurückgelegt.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betrifft das Statut über die Straßenpflasterung in hiesiger Stadt.

Nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden, Namens der Statuten-Commission ist der Statut-Entwurf, wie solcher aus den Berathungen dieser Versammlung in den Sitzungen am 17. November und 1. December v. J. hervorgegangen ist, dem Herzoglichen Staats-Ministerium zur Genehmigung vorgelegt. Die durch letzteres von Herzoglicher Baudirection geforderte berichtigende Aeußerung, welche verschiedene Bemerkungen und Aenderungs-Anträge zu den Statut-Bestimmungen enthält, ist dem Stadtmagistrate zur Rückäußerung zugefertigt. Dabei ist übrigens auch einem von der Herzoglichen Baudirection beäuftragten Grundeigentümer, nämlich der Ablösung der Straßenpflasterungslast auf Seiten der Hauseigentümer, von Herzoglichem Staats-Ministerium die Genehmigung versagt. Durch das Schreiben des Stadtmagistrats vom 12. d. Mts. ist die Sache zur weiteren Berathung an die Versammlung gelangt und zunächst zur Vorprüfung in der Statuten-Commission gekommen.

Die hier in Frage stehenden Bestimmungen, in Bezug auf welche durch die Herzogliche Baudirection und das Herzogliche Staats-Ministerium zu Aenderungen, soweit solche nicht bloß redactioneller Natur sind und materiell den Absichten der städtischen Behörden entsprechen, Veranlassung gegeben ist, sind folgende:

1. Zu §. 1. ist von Herzogl. Baudirection empfohlen, unter den Pflasterungsarbeiten, welche durch den Baubeamten zur Ausführung gebracht werden sollen, neben



der Fahrbahn, den Gassen und Trottoirs auch noch die »Gassenbrücken« und »Kellerschlingen« ausdrücklich hervorzuheben.

2. Die nach §. 3. aus besondern Gründen zu einer Pflasterung verpflichteten Personen, z. B. die sogenannten Diepenbrüderschaften, die Gasgesellschaft u. A., sollen nach dem Vorschlage der Herzoglichen Baudirection nicht bloß die Kosten der einmaligen Wiederherstellung des Straßenpflasters, sondern auch, wenn etwa später Senkungen eintreten, weil der Jahreszeit oder anderer Ursachen wegen die erforderliche Dichtung des Untergrundes nicht sofort habe erreicht werden können, — »die Kosten einer eventuell nöthig erscheinenden mehrmaligen Umlegung des Pflasters an den betreffenden Stellen« zu tragen haben.

3. Die im §. 4 erwähnte, auf das Trottoir bezügliche Verpflichtung der Hauseigenthümer erstreckt sich, nach einer Bemerkung der Herzoglichen Baudirection, nicht unbedingt auf die Anschaffung der nöthigen sogenannten rauhen Steine und deshalb ist eine Ergänzung des Entwurfs dahin proponirt: »die rauhen Steine zur ersten Anlage oder zur Umlegung, nicht aber zu der dazwischen fallenden Unterhaltung, werden auf Kosten des allgemeinen Pflasterungsfonds unentgeltlich geliefert.«

4. In gleichem Sinne ist zu §. 5. von Herzoglicher Baudirection vorgeschlagen, die Beitragspflicht der Hauseigenthümer auf die Herstellung eines Trottoirs »mit Platten bis zur Breite von 3 Fuß 8 Zoll und bis zur Stärke von 6 Zoll« zu beschränken.

5. Nach demselben §. 5. soll die Anschaffung der Trottoir-Platten lediglich Sache des leitenden Baubeamten sein; die Herzogliche Baudirection hält diese Bestimmung nicht für ganz zutreffend und empfiehlt deshalb folgende Aenderung:

»die Anschaffung der Platten zu den Trottoirs gehört in Gemäßheit des §. 9. des Reglements vom 11. Februar 1859 mit unter die Obliegenheiten der Herzoglichen Baudirection.«

Die früher schon angeregten Bedenken gegen die Bestimmung, daß das Publicum wegen des Bezuges der Platten ausschließlich auf das Herrschaftliche Bau-Magazin angewiesen sein solle, werden von den Herren Grass und Helfft wieder aufgenommen, mit dem Anheimgen, es entweder der Wahl der Hauseigenthümer zu überlassen, ob sie die entsprechenden Platten selbst anschaffen oder aus dem Bau-Magazine entnehmen wollen, — oder wenigstens in dem Statute selbst dafür Vor- sorge zu treffen, daß die Platten aus dem Bau-Magazine zu dem Kostenpreise abgegeben werden.

Von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari, dem Herrn Vorsitzenden und Herrn Aronheim wird dagegen vorgestellt, daß dieser Punkt schon bei den früheren Berathungen seine Erledigung gefunden habe, daß, auch davon abgesehen, dem Publicum im Allgemeinen kaum damit genügt, oft dadurch sogar Verlegenheit bereitet und außerdem die Ausführung der Pflasterungsarbeiten und die Herstellung eines ordnungsmäßigen Trottoirs verzögert und verhindert werde, wenn den Hausbesitzern die Anschaffung der Trottoirplatten überlassen bleiben sollte, während dieselben in dem Bau-Magazine stets vorrätzig gehalten und aus demselben nach dem bisherigen Brauche und nach wiederholten Erklärungen der betreffenden Baubeamten auch ferner zu dem Kostenpreise abgegeben werden würden. Die gewünschte Aenderung des Statuts würde erweisliche Vortheile für das Publicum nicht zur Folge haben, wohl aber auf die Beschaffenheit der Trottoirs nachtheiligen Einfluß äußern. Der Herr

Vorsitzende schlägt jedoch vor, bei Abgabe der Erklärung auf die zur Berathung stehenden Aenderungen,

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei den weiteren Verhandlungen von Herzoglicher Baudirection die Zusage zu erwirken, daß die Trottoir-Platten aus dem Bau-Magazine zu dem Kostenpreise an das Publicum abgegeben werden sollten«,

ohne übrigens davon das Zustandekommen des Statuts abhängig zu machen.

Die Versammlung erklärte sich mit den unter 1 — 5 angedeuteten Modificationen des Statuts, einverstanden und ertheilt auch zu dem letzterwähnten Vorschlage des Herrn Vorsitzenden die Zustimmung.

6. Die Herzogliche Baudirection hat es abgelehnt, die alten, abgängig gewordenen Platten, wie ferner noch in dem Statut vorgeschrieben worden, nach Lage anzunehmen, empfiehlt vielmehr folgende Bestimmung in das Statut aufzunehmen:

»die den Hauseigenthümern zugehörenden alten Platten, soweit selbige nicht zur weiteren Verwendung vor dem bezüglichlichen Hause geeignet sind, verbleiben zur Disposition der Eigenthümer.«

Die Versammlung erkennt an, daß der Widerspruch der Herzoglichen Baudirection gerechtfertigt sei und tritt der vorgeschlagenen Aenderung bei.

7. Bei dem §. 6. macht Herzogliche Baudirection den weitem Vorschlag:

»daß behuf Absonderung der schweren Sinkstoffe und Abfälle jede Hausgasse mit einer Senkgrube in Verbindung zu bringen sei, welche die abziehende Flüssigkeit zu passiren habe, bevor sie aus dem Hause trete.«

Die Commission ist der Meinung, daß durch solche Senkgruben den Hauseigenthümern eine große Unannehmlichkeit und Last aufgebürdet und, wenn nach Vorschrift der Straßen-Polizei-Ordnung (§. 30.) in jeder Hausgasse eine Kiste angebracht sei, die Abführung der bezeichneten Abfälle u. in die Straßengassen und Canäle genügend verhindert werde.

Dieser Ansicht schließt sich auch die Versammlung an und genehmigt dieselbe:

»an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung in das Statut Vorstellung zu erheben.«

8. Die Bestimmungen in den §§. 10 und 11 über die Ablösung der Verpflichtung der Hauseigenthümer zu Beiträgen für Pflasterungsarbeiten sind zwar von der Herzoglichen Baudirection befürwortet, jedoch vom Herzoglichen Staats-Ministerium nicht für angemessen erachtet.

Die Commission geht von dem Gesichtspunkte aus, daß jene Verpflichtung eine von den allgemeinen Grundsätzen abweichende sei, insofern nach den heutigen Begriffen die Pflasterung der öffentlichen Straßen als eine auf der Gesamtheit der Gemeinde-Angehörigen ruhende Last aufgefaßt werden müßten. In früherer Zeit, bevor das Gemeinwesen in seiner jetzigen Form ausgeprägt und die Aufbringung der Mittel zu dergleichen gemeinnützigen Verwendungen mit größeren Schwierigkeiten verbunden gewesen, sei es freilich als ein geeignetes Auskunftsmittel angesehen, für die Gemeinde-Bedürfnisse die Einzelnen aufkommen zu lassen, diesen mithin eine Verpflichtung aufzuerlegen, welche eigentlich die Gesamtheit zu erfüllen gehabt habe; ein solches Verfahren müßte aber so viel thunlich abgestellt werden. Durch die Ablösung solle nun dahin gewirkt werden, den Einzelnen die auferlegten Verpflichtungen abzunehmen, und dadurch einestheils das natürliche Verhältniß wieder herbeizuführen, andernteils

den in eine Hand gelegten Pflasterungen einen practischeren Erfolg zu sichern. Aus der Uebnahme der Verpflichtungen der Einzelnen auf die Gesamtheit der Gemeinde gegen entsprechende Entschädigungen erwachse nach keiner Seite hin Belästigung oder Gefahr.

Die Commission giebt der Versammlung anheim:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, in obigem Sinne die Beibehaltung der §§. 10 und 11 des Statuts dem Herzoglichen Staats-Ministerium besonders zu empfehlen«,

und die Versammlung ertheilt dazu ihre Zustimmung.

Endlich erhält noch Herr Helfft von dem Herrn Vorsitzenden zu einem selbstständigen Antrage das Wort.

Herr Helfft weist darauf hin, daß die Bezeichnung der Häuser und Grundstücke im Gebiete der hiesigen Stadt nach den vor einigen Jahren eingeführten Ordnungs-Nummern erst dann einen allgemeineren Werth und Nutzen haben werde, wenn die bisherigen Assurances-Nummern nach und nach ganz beseitigt würden. Es sei aber umgekehrt und zwar auch in der städtischen Verwaltung seither noch Brauch gewesen, namentlich die Steuerlisten und Steuerzettel nur nach den Assurances-Nummern aufstellen und ausschreiben zu lassen, und habe dies nach den eingezogenen Erkundigungen darin seinen Grund, daß die polizeilichen Seelenlisten nach den Assurances-Nummern aufgestellt würden.

Der hieraus hergenommene Antrag des Herrn Helfft: »den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Polizei-Direction darauf hinzuwirken, daß in den polizeilichen Seelenlisten die neuen Ordnungs-Nummern vermerkt würden«,

wird von der Versammlung angenommen.

Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Abwesend sind die Herren Aronheim, Fabricius, Grund, Häusler, Südel, Kellner, Meyer, Niemeyer und Quenstedt.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 24. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Auf Veranlassung eines Schreibens des Stadtmagistrats vom 24. April d. J. erfolgt die Wahl zweier Mitglieder der Versammlung behuf Vertretung der hiesigen Stadt in den diesjährigen Militär-Aushebungs-Terminen am 22., 23., 24. und 25. August in der Person der Herrn Quenstedt und Rischbieter, als deren Stellvertreter durch dieselbe Wahl Herr Fabricius bezeichnet wird.

II. Durch das Schreiben des Stadtmagistrats vom 3. d. Mts. wird der Versammlung die Mittheilung gemacht, daß die Controle wegen Erfüllung des mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft zum Abschlusse gekommenen Contracts in Ansehung des Beleuchtungs-Materials dem Apotheker Dr. Herzog übertragen und von demselben übernommen sei.

III. In einem Schreiben vom 9. d. Mts. giebt der Stadtmagistrat der Versammlung Kenntniß davon, daß in den Tagen vom 26. bis 29. September d. J. die deutschen Philologen, Schulmänner und Orientalisten ihre Jahres-Versammlung in hiesiger Stadt abhalten werden, und daß die hiesigen Mitglieder des Vereins den Wunsch ausgesprochen haben, es möge das dem Vereine zur Verfügung gestellte Versammlungslocal, das Altstadt-Rathhaus, wie auch bei ähnlichen Gelegenheiten geschehen, an einem der Versammlungs-Abende auf Kosten der Stadt mit bengalischen Flammen beleuchtet werden.

Der jenem Wunsche entsprechende Antrag des Stadtmagistrats:

»auf Verwilligung der durch solche Beleuchtung entstehenden Kosten aus der Stadt-Casse«,

wird von der Versammlung genehmigt.

IV. Die ferneren Verhandlungen betreffen die Aufnahme auswärtiger Personen in die hiesige Stadt und gehen in vertraulicher Sitzung vor sich.

Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich geschlossen.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 23. August 1860.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Abwesend sind die Herren Degener, Aronheim, Grottrian, Helfft und Meyer.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 21. Juni d. J. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

1. Der Herr Vorsitzende verliest eine an ihn ergangene Zuschrift der Schafferei des hiesigen Schützenwesens vom 21. d. Mts., inhalts welcher neben einer Dankes-Äußerung für die dem Schützenwesen gewordene Unterstützung zum Neubau eines Schützenhauses die Mitglieder der Versammlung eingeladen werden, an der auf Mittwoch, den 29. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, angelegten Grundstein-Legung zu diesem neuen Schützenhause Theil zu nehmen.

II. In einem von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Schreiben vom 18. d. Mts. sind nach §. 32 des Statuts über die Armen-Verwaltung und nach §. 122 der revidirten Städte-Ordnung vom Stadt-Magistrate in Uebereinstimmung mit der Armen-Direction zu der erledigten Stelle eines Armenboten drei Personen:

- 1) der Lohndiener-Adjunct und Fabrikarbeiter August Theodor Bartels,
- 2) der Kunst-Vereinsbote Conrad Schachel, und
- 3) der Schneidermeister Anton Gltz,

in Vorschlag gebracht, unter welchen die Wahl auf Aufforderung des Herrn Vorsitzenden von der Versammlung vorgenommen wird und mit einer Stimmenmehrheit von 14 unter 22 Stimmen auf

den Lohndiener-Adjunct und Fabrikarbeiter August Theodor Bartels, fällt.

III. In zwei Mittheilungen vom 14. v. Mts. wird vom Stadt-Magistrate anheimgegeben, für zwei Angehörige der hiesigen Stadt, welche beide in der Herzogl. Besserungs- und Arbeits-Anstalt in Bevern untergebracht werden müssen und jetzt den Wunsch zu erkennen gegeben haben, in America eine neue Lebensstellung sich zu verschaffen, den in ähnlichen Fällen üblich gewordenen Zuschuß zu den Kosten ihrer Uebersiedlung nach America bis zu dem Betrage von 25  $\text{R}$  aus der Stadt-Casse zu verwilligen.

Nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden über den bisherigen Lebenswandel jener beiden Personen wird von der Versammlung die beantragte Verwilligung ausgesprochen.

IV. Mit einem Schreiben vom 18. Mai d. J., über welches Herr Födel Namens der Finanz-Commission Bericht erstattet, legt der Stadt-Magistrat den mit dem verstorbenen Fuhrherrn und Deconomen Schacht vorläufig abgeschlossenen Verdings-Contract wegen der Straßenreinigung vor, welcher mit dem Fuhrherrn und Deconomen Funke bisher fortgesetzt ist, aber mit dem 1. Mai k. J. seine Endschaft erreichen wird. Die Erneuerung dieses Contracts, zu welchem nur ein den Unternehmer etwas weiter verpflichtender Zusatz gemacht ist, mit dem Funke, welcher freilich an der von der Stadt empfangenen Verdings-Summe von 1300  $\text{R}$  jährlich nichts nachlassen will, wird von der Herzogl. Polizei-Direction und dem Stadt-Magistrate für angemessen gehalten.

Die Commission schließt sich dieser Ansicht an und giebt der Versammlung anheim:

»den proponirten Contracts-Abschluß mit Funke auf fernere sechs Jahre zu genehmigen.«

Herr Fabricius wendet dagegen ein, daß in andern Städten ein umgekehrtes Verhältniß als hier statthabe, die Ausnutzung des Straßen- und Haus-Unraths das Resultat ergebe, daß der Unternehmer für die Ueberlassung und Abfuhr nicht nur Nichts aus städtischen Mitteln bekomme, sondern sogar seinerseits eine Zahlung leiste. Ob ein so günstiges Resultat im Hinblick auf die Fortschritte der landwirthschaftlichen Industrie mit der Zeit auch hier zu erreichen sein werde, möge dahin gestellt bleiben; immerhin erscheine es im Interesse der Stadt gerathen, für die Verdingung der Straßen-Reinigung eine allgemeine Concurrenz zuzulassen, welche zur Folge haben könnte, daß von einem andern Unternehmer, voraussichtlich auch von Funke selbst wenigstens eine geringere Anforderung gestellt würde.

Der Antrag des Herrn Fabricius:

»wegen der Uebernahme der Straßen-Reinigung einen öffentlichen Verdings-Termin anzuberaumen,«

wird von dem Herrn Rischbieter noch dadurch unterstützt, daß dem Vernehmen nach, auch aus den umliegenden Ortschaften auf eine Concurrenz von einzelnen Personen oder von Genossenschaften zu rechnen sein dürfte.

Soviel zunächst die Ausbeutung der Straßen-Reinigung zum pecuniären Vortheile der Stadt betrifft, so bemerkt Herr Födel, daß hierüber schon bei den frühern Contracts-Abschlüssen mehrseitig verhandelt sei, ohne jedoch ein anderes Resultat als das bisherige, erlangen zu können. Der Grund hiervon wird von den Herren Fisebon und Oerbürgermeister Caspari darin gefunden, daß in den größern Städten, in welchen die Straßen-Reinigung einen Gewinn für die Stadt abwerfe, ein Kloaken-

System angelegt sei, welches allen, auch den zum Düngen brauchbarsten Unrath aus den Häusern aufnehmen, während hier solcher Unrath in Mistgruben gesammelt und von den Hauseigenthümern selbst verwendet oder verkauft werde, von einigen Hausbesitzern werde sogar der Unrath von der Straße zu gleichem Zwecke aufgesucht. Dem Unternehmer blieben mithin hier die nutzbarsten Bestandtheile des Unraths zum größten Theile entzogen; dazu liege demselben noch die andere ihm keinesfalls gewinnbringende Verpflichtung ob, Schnee und Eis mit seinem Fuhrwerke aus der Stadt abzuführen. Unter den angedeuteten Verhältnissen liege es fern, einen Unternehmer zu finden, welcher für die Straßen-Reinigung etwa eine Pacht zahle; das überwiegend Lästige der Contracts-Verpflichtungen lasse selbst nicht erwarten, daß eine gute Straßen-Reinigung mit einem geringern Kosten-Aufwande für die Stadt werde erzielt werden können. Ein früher gemachter Versuch, dieselbe getheilt an zwei Unternehmer zu verdingen, habe einen zweckentsprechenden Ausgang nicht gehabt; noch unzuträglichler würde es sein, die Straßen-Reinigung an Auswärtige, einzelne Personen oder Associationen, zu verdingen, vor allem müsse darauf gehalten werden, daß der Contract prompt, sicher und vollständig erfüllt werde, und wenn sich in diesen Beziehungen ein Unternehmer, wie der Funke, bewährt habe, so sei es nur zu empfehlen, ein solches Contracts-Verhältniß fortzusetzen, statt auf Gefahr des Unternehmens einen Minderfordernden zu suchen.

Nach Ablehnung des Antrages des Herrn Fabricius gegen 5 Stimmen wird der Commissions-Antrag von der Versammlung angenommen.

V. Auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 29. Juni dieses Jahrs wird nach dem Antrage des Herrn Lüdel Namens der Finanz-Commission dem Stadt-Cämmerer Wasmus in Anerkennung seiner durch große Pünktlichkeit, Ordnungsliebe und Pflichttreue ausgezeichneten Dienstführung zum Zwecke der Besserung und Festigung seiner durch besonders angestrengtes Arbeiten angegriffene Gesundheit durch eine Badereise von der Versammlung eine außerordentliche Bewilligung von 100  $\mathfrak{R}$  aus der Stadt-Casse zugesprochen.

VI. In dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 17. des v. Mts. sind die Differenzen besprochen, welche wegen der Anwendung des §. 28 der Straßen-Polizei-Ordnung vom 13. Februar 1857 rücksichtlich der Dachrinnen und Fallröhren an den Häusern entstanden sind.

Nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden Namens der Statuten-Commission ist von verschiedenen Gartenbesitzern vor den Thoren darüber Beschwerde geführt, daß sie von Herzogl. Polizei-Direction angehalten seien, an ihren an den Wegen gelegenen Häusern Dachrinnen und Fallröhren anzubringen. Der Stadt-Magistrat hat solche Beschwerde für begründet erachtet; die darüber Statt gehaltenen Verhandlungen haben jedoch ergeben, daß um eine Anwendung des §. 28 im Sinne des Stadt-Magistrats möglich zu machen, eine Abänderung dieser Bestimmung durch ein neues Statut nothwendig sei. In Folge dessen ist vom Stadt-Magistrate eine neue Fassung des §. 28 dieser Versammlung zur Prüfung und Beschlußnahme vorgelegt.

Die Statuten-Commission ist mit dem Stadt-Magistrate darüber einverstanden, daß kein genügend zu rechtfertigender Grund vorliege, die Besitzer von Gartenhäusern außerhalb der Thore zur Anbringung von Rinnen und Fallröhren anzuhalten und dieselben dadurch zu einem Kostenaufwande zu drängen, mit welchem im öffentlichen Interesse ein entsprechender Nutzen nicht verbunden sei. Deshalb befürwortet auch

die Commission die vom Stadt-Magistrate proponirte Aenderung des §. 28 der Straßen-Polizei-Ordnung, davon ausgehend, daß nach den gemachten Erfahrungen der gedachte Paragraph bei dessen Anwendung auf das gesammte Stadtgebiet zu Unzuträglichkeiten führe.

Die abgeänderten Bestimmungen des §. 28 werden darauf in folgender Fassung:

»Alle innerhalb der Umfluthgräben unmittelbar an den Straßen, öffentlichen Plätzen und Promenaden belegenen Häuser müssen an der Straßenseite mit Dachrinnen und Fallröhren versehen sein, welche stets in gutem Stande zu erhalten sind.

An den Häusern im Innern der Stadt müssen die Fallröhren, bis eine Neupflasterung der Straße oder des Platzes, an welchem die Häuser liegen, vorgenommen wird und die Bestimmungen des §. 6 des Statuts über die Straßenpflasterungen in hiesiger Stadt vom 26. April d. Jrs. zur Anwendung kommen, bis auf 4 Zoll vom Straßenpflaster an den Häusern herabreichen und es darf der Ausguß nicht weiter als 6 Zoll vom Hause entfernt sein. — An den Häusern auf den Promenaden müssen die Fallröhren so eingerichtet sein, daß das ausfließende Wasser der Promenade nicht zugeführt wird.

Straße 2. §.

In Fällen, wo solches der Lage der Häuser wegen angemessen oder unbedenklich erscheint, kann die städtische Baucommission (§. 52 der revidirten Feuer-Ordnung für die hiesige Stadt) von der Anlegung von Dachrinnen überhaupt oder der Fallröhren Dispensation ertheilen.»  
von der Versammlung ohne weitere Debatte genehmigt.

VII. Mit einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 9. Juni d. J. ist eine Eingabe des hiesigen Bürgervereins vorgelegt, welche eine Revision der Feuer-Ordnung für die hiesige Stadt vom 1. Juli 1855, vor Allem aber die Aufhebung des §. 2 derselben, wegen der Brandgiebel, zum Zwecke hat.

Die Sache selbst ist vom Stadt-Magistrate in Erwägung gezogen, von der Statuten-Commission einer weiteren Prüfung unterworfen und wird Namens der letztern durch den Herrn Vorsitzenden zum Vortrage gebracht:

Eine allgemeine Revision der Feuerordnung und eine Abänderung einiger Bestimmungen derselben, von welchen freilich keine, außer der im §. 2, speciell hervor gehoben sei, hält der Bürgerverein aus dem Grunde für motivirt, weil die Feuerordnung auf die vorzunehmenden Baulichkeiten überhaupt, namentlich auf den Ausbau alter bestehender Localitäten in hemmender Weise einwirke, mit den erforderlichen Bedürfnissen sich nicht in Einklang bringen lasse und die im §. 52 angeordnete, zu Dispensations-Ertheilungen berufene Bau-Commission sich nicht habe bestimmen lassen, den oft durch die größte Nothwendigkeit gebotenen Wünschen der Bauenden zu entsprechen, so daß manche bauliche Umänderungen bereits unterblieben seien. Diese Gründe und die aus denselben abgeleitete Folgerung, habe so wenig der Stadt-Magistrat, als die Statuten-Commission als zutreffend anerkennen können: während der, ohnehin erst fünfjährigen, Geltung der Feuerordnung habe sich das Bedürfnis zur Abänderung der einen oder der andern Bestimmung derselben noch nicht herausgestellt



und sei es im Uebrigen gewiß nicht an der Zeit, eine nicht durch specielle Gründe veranlasste allgemeine Revision vorzunehmen.

Bezüglich des §. 2 der Feuerordnung, gehe der Bürgerverein davon aus, daß zwar die Brandgiebel eine weitere Ausbreitung eines ausgebrochenen Feuers zu verhindern im Stande sein möchten, dagegen aber, namentlich bei kleinern Häusern, den schwerer in's Gewicht fallenden Nachtheil hätten, daß den Bewohnern eines in Brand gerathenen Hauses die Rettung nach den Nachbarhäusern verschlossen sei, — daß ferner die Anlegung von Brandgiebeln nicht bloß einen bedeutend größern Kostenaufwand für die Bauenden verursache, sondern auch einen oft nicht zu entbehrenden Raum in Anspruch nehme, um so mehr, da dieselbe auch bei den Neben- und Hinterhäusern gefordert werde. Außerdem sei noch angedeutet, daß die Bauten in hiesiger Stadt, in Folge jener drückenden Bestimmung, auf das alleräußerste Maaß beschränkt würden und deshalb ein wirksamer Schutz durch Brandgiebel vielleicht erst nach Jahrhunderten zu erwarten sei. Auch die aus diesen Gründen geforderte Aufhebung des §. 2 habe der Stadt-Magistrat, gleichwie die Statuten-Commission nicht für gerechtfertigt und nothwendig erachten können. Die Brandgiebel, deren Anforderung auf Veranlassung dieser Versammlung in die Feuerordnung aufgenommen sei, hätten sich nicht bloß an andern Orten, sondern auch in hiesiger Stadt insbesondere z. B. bei dem Bense'schen, Wittekop'schen, Hauswaldt'schen Feuer, als wirksam erwiesen, indem sie eine weitere Verbreitung des Feuers verhindert hätten. Solche Erfahrungen müßten schon genügen, um die Vorschrift des §. 2 aufrecht zu erhalten, wenn auch die Anlegung von Brandgiebeln, wie aus der Natur der Sache folge, nur nach und nach erfolgen und der Nutzen derselben erst in der Zukunft ein allgemeinerer werden könne. Auf der andern Seite sei die Gefahr, welche aus dem Vorhandensein von Brandgiebeln für die Rettung von Personen aus einem brennenden Hause hergeleitet werde, nicht für so drohend zu halten, zumal auch jetzt die Häuser durch Wände getrennt seien und nöthigenfalls andere Rettungsmittel zu Gebote ständen. Die sonstigen Nachtheile der größern Kostspieligkeit und des Raumverlustes seien bisher gewiß noch nicht entscheidend geworden, um Jemand von einem beabsichtigten Baue abzuhalten, und würden ohnehin, gegenüber dem Vortheile der Brandgiebel, nicht in Anschlag kommen können. Zum Beweise übrigens, wie wenig belästigend die Vorschrift des §. 2 in ihrer Anwendung auf Baulichkeiten erscheine, werde die Thatsache gelten, daß die Bau-Commission in billigster Berücksichtigung der Wünsche und Interessen des bauenden Publikums bei 47 Fällen, in welchen seit dem Bestehen der revidirten Feuerordnung um Dispensation von der Vorrichtung von Brandgiebeln nachgesucht sei, nur in einem Falle auf die Anlegung von Brandgiebeln, auf beiden Seiten eines Hauses, bestanden, in 9 Fällen den nur gewünschten Nachlaß des einen Brandgiebel gewährt, in 37 Fällen aber vollständige Dispensation ertheilt habe.

Diesemnach giebt die Statuten-Commission der Versammlung anheim: »den Antrag des Bürgervereins auf allgemeine Revision der revidirten Feuerordnung vom 1. Juli 1855 ebenso wie auf Aufhebung der Bestimmung im §. 2 wegen der Brandgiebel abzulehnen.«

Die Debatte beschränkt sich auf den zweiten Theil dieses Commissions-Antrages, die Aufhebung des §. 2 der Feuerordnung, und hat im Wesentlichen nur die vorstehend angedeuteten Gründe dafür und dagegen zum Gegenstande.

Die Herren Rischbieter und Nieß erklären sich für die Aufhebung, weil Brandgiebel bei einem großen Feuer überhaupt nichts nützen würden und auch bei kleinern Bränden nicht von so bedeutendem Nutzen seien, um das durch die Anlegung derselben unvermeidliche Opfer an Geld und Raum gerechtfertigt erscheinen zu lassen: die Verhältnisse in hiesiger Stadt, die Geringfügigkeit der Mieten, die Schwierigkeit, Geld auf Hypothek zu erlangen, gestatteten die Ausführung einer solchen Vorschrift, wie sie im §. 2 gegeben sei, nicht. Ein Jeder würde sich scheuen, einen sonst gewünschten Bau vorzunehmen, und die Folge davon würde sein, daß manche Bauplätze unbebaut bleiben würden, zumal die Minderbegüterten am meisten durch jene Vorschrift betroffen würden. Der Unterschied im Fachwerks-Bau und Massiv-Bau sei in der That auch zu bedeutend, da die Quadrat-Ruthe im Fachwerks-Bau auf 18 bis 28  $\text{fl}$ , im Massiv-Bau auf 60  $\text{fl}$  nach den Anschlägen Sachverständiger zu stehen komme und die Anlegung von Brandgiebeln zur Folge habe, daß auch die andern beiden Seiten eines Hauses massiv hergerichtet werden müßten. Durch die ertheilten Dispensationen endlich werde gewissermaßen eine Ungerechtigkeit gegen die Nicht-Dispensirten geübt.

Herr Duenstedt möchte die Vorschrift des §. 2 dahin abgeändert sehen, daß Brandgiebel nur bei Häusern von einer bestimmten Breite angelegt zu werden brauchten.

Die Herren Grass, Födel und Lissebon halten den größeren Kosten-Aufwand für die Herstellung eines massiven Brandgiebels für nicht so bedeutend, als daß aus diesem Grunde Jemand von einem beabsichtigten Baue absehen sollte, das Hinderniß liege vielmehr in den überhaupt hohen Material-Preisen und Arbeits-Löhnen. Eben so wenig könne der Raumverlust in Betracht kommen, da sich derselbe auf ein Geringes reducire. Das Widerstreben des bauenden Publicums gegen die Vorschrift des §. 2, dessen Ausführung, wie aus dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden hervorgehe, von der Bau-Commission mit so außerordentlicher Liberalität geübt werde, scheine nur darin seinen Grund zu haben, daß es zu unbequem und lästig gefunden werde, sich einer gewissen Ordnung zu fügen.

An die letztere Andeutung knüpft Herr Overbürgermeister Caspari die Bemerkung, wie es vorgekommen sei, daß um Dispensation von der Vorrichtung von Brandgiebeln nachgesucht, von den Dispensirten aber gleichwohl die Vorderseite des Hauses massiv ausgeführt worden, ohne die Mehrkosten und den Raumverlust zu berücksichtigen. Es dürfe erwartet werden, daß die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Vorschrift im §. 2 mit der Zeit bei dem Publicum mehr und mehr Anerkennung finden werde: in kleineren Städten sogar, z. B. in Altenburg, und, wie von Herrn Grass hinzugefügt wird in allen Städten des Königreichs Sachsen, sei der Massivbau der Häuser unbedingt vorgeschrieben. Die Ansicht des Herrn Nieß, daß die Anlegung von Brandgiebeln auch die Ausführung der andern Seiten eines Hauses im Massivbau zur Folge haben müßte, werde durch viele Bauten in hiesiger Stadt widerlegt. Aus der Beschränkung der Anwendung des §. 2 auf Häuser von einer gewissen Breite, nach dem Vorschlage des Herrn Duenstedt, würden viel eher Härten und Unbilligkeiten gegen andere Hauseigenthümer hervorgehen, als aus dem bisher in so höchst liberaler Weise beobachteten Verfahren der Baucommission.

Endlich erklärt sich auch noch Herr Flagge gegen die Aufhebung der Vorschrift der Brandgiebel aus der Rücksicht, weil, je mehr der Gefahr der Ausbreitung eines

Feuers vorgebeugt sei, um so mehr auch die Prämien für die Mobiliar-Versicherung sich vermindern würden.

Bei der Abstimmung wird der Commissions-Antrag mit 15 unter 21 Stimmen von der Versammlung angenommen.

**VIII.** Ein von dem Herrn Lüde l. Namens der Finanz-Commission verlesenes Schreiben des Stadt-Magistrats vom 2. d. Mts. enthält Vorschläge zu Veränderungen mit den hiesigen Beguinenhäusern durch Baulichkeiten und andere Verfügungen:

Mehre der hiesigen Beguinenhäuser, welche insbesondere mit den sieben hiesigen Stadtkirchen den Kirchen-Cassen-Verband bilden, befinden sich in einer sehr schlechten baulichen Verfassung und ist darauf Bedacht genommen, den jetzigen Zustand im Interesse der Beguinen zu verbessern, ohne zugleich Gefahr zu laufen, nicht auch auf die sonstigen Bedürfnisse der Beguinen Rücksicht nehmen zu können. Die technische Begutachtung durch den Stadtbaumeister Tappe hat den Plan gefördert, einige von den Beguinenhäusern, das Hospital St. Antonii et Christophori, den Petri- und Schaden-Convent und den combinirten Convent, auszubauen und zu vergrößern, sodann in diesen Häusern die Beguinen des St. Annen-Convents, des Lessen-Convents und des Hospitals St. Todoci unterzubringen und die drei letztgenannten Beguinenhäuser aufzuheben und zu verkaufen. Jene Baulichkeiten sind auf etwa 16000  $\text{\$}$  veranschlagt; der Kaufwerth der aufzuhebenden Beguinenhäuser ist zu 13900  $\text{\$}$  angenommen; mithin ist eine Summe von 2100  $\text{\$}$  zu decken, welche nach Ansicht des Stadt-Magistrats, bei dem voraussichtlich zu hoch angenommenen Kaufwerthe, wohl auf 6000 bis 8000  $\text{\$}$  sich steigern würde. Da die Gemeinde-Kirchen-Casse nicht in der Lage ist, einen solchen Zuschuß leisten zu können, so sollten die Jahreszahlungen des Großen-Waisenhauses an die Armen-Casse im Betrage von 1000  $\text{\$}$ , die eigentlich zur Abtragung der Schulden der Lehten bestimmt sind, zur Berichtigung der Baukosten verwendet werden. Die Uebernahme der Baukosten auf die Armen-Casse ist dadurch gerechtfertigt erschienen, daß die Beguinenhäuser ohne Zweifel ein Zubehör der Armen-Anstalt sind und einen Theil der Armenpflege ausmachen.

Die Verwendungen der Jahreszahlungen des Großen-Waisenhauses sollte mit dem Jahre 1862, bis wohin die Schuld der Armen-Anstalt bis auf 4500  $\text{\$}$  abgetragen sein würde, beginnen, während die Baulichkeiten alsobald in Angriff genommen werden sollen. Um dies möglich zu machen, würde die Stadt-Casse die durch die Kaufgelder für die drei aufzuhebenden Beguinenhäuser zu deckenden Baukosten einstweilen vorzuschießen, eventuell durch eine Anleihe herbeizuschaffen haben, und außerdem die Verzinsung einer solchen Anleihe, gleichwie der obigen 4500  $\text{\$}$  zu 4 % übernehmen müssen, was eine zeitweilige jährliche Ausgabe von höchstens 500  $\text{\$}$  verursachen würde.

Der hierauf gestützte und von der Commission befürwortete Antrag des Stadt-Magistrats geht dahin:

»Die Vereinigung der sechs Beguinenhäuser, des St. Annen-Convents, des Lessen-Convents, des Hospitals St. Todoci, des Hospitals St. Antonii et Christophori, des Petri- und Schaden-Convents, und des combinirten Convents, durch den Verkauf der drei ersten und den Ausbau resp. die bauliche Vergrößerung der drei letzten zu genehmigen; die Kosten dieser Einrichtung dadurch zu verwilligen, daß die Abzahlung auf die Schuld der Armen-Anstalt vom Jahre 1862 an sistirt, von dieser Zeit an die jähr-

liche Zahlung des großen Waisenhauses an die Armen-Anstalt im Betrage von 1000  $\text{fl}$  Conv.-Münze zu den Baulichkeiten verwendet, einstweilen aber zur Berichtigung der Baukosten ein durch den Erlös für die zu verkaufenden drei Beguinenhäuser und durch das Jahresgeld vom großen Waisenhause zu deckender Vorschuß aus der Stadt-Casse geleistet, eventuell für Rechnung der letztern eine Anleihe contrahirt und die Zahlung der Zinsen für solche Anleihe, sowie für die Schuld der Armen-Anstalt zu 4500  $\text{fl}$  zu 4 % auf die Stadt-Casse übernommen werde, und dem Ermessen des Stadt-Magistrats zu überlassen, ob nach Beendigung eines Baues das aufgewandte Geld erst getilgt oder sofort mit einem neuen Baue begonnen werden solle.«

Eine eigentliche Debatte knüpft sich an diese Proposition nicht an; doch geben die von den Herren Grass und Overbürgermeister Caspari näher erläuterten Verhältnisse der betreffenden milden Stiftungen zu dem Gemeinde-Kirchen-Cassen-Verbande, welche übrigens auf gesetzlichen Bestimmungen beruhen, insbesondere auch den Herren Rieß und Steinmeyer zu dem Wunsche Veranlassung, es möge von dem Stadt-Magistrate, soweit thunlich, dahin gewirkt werden, daß wenigstens eine Trennung der milden Stiftungen von den Kirchen in Ansehung der Cassenbeziehungen erfolge.

Die Proposition des Stadt-Magistrats wird ihrem ganzen Inhalte nach von der Versammlung durch Bewilligung der erforderlichen Kosten in der vorgeschlagenen Art und Weise und durch Ertheilung der eventuellen Vollmacht zur ununterbrochenen Bauausführung genehmigt.

IX. Der folgende Gegenstand der Tagesordnung, Reclamationen gegen die Veranlagung zur Gemeinde- und Armensteuer betreffend, wird in vertraulicher Sitzung verhandelt.

Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 6. September 1860.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 23. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Abwesend sind die Herren Bartels, Graß, Helfft, Kahlert, Kellner und Uhde.

Der Herr Vorsitzende erwähnt zunächst des durch den Tod erfolgten Ausscheidens eines Mitgliedes aus dem Magistrats-Collegium, des Stadtraths Mack, und widmet demselben für dessen langjährige, pflichtgetreue Amtsführung eine dankbare Anerkennung, zu deren übereinstimmender Bethätigung die sämtlichen Anwesenden von ihren Sitzen sich erheben, und kündigt zugleich die Vornahme der Neuwahl eines stimmbührenden besoldeten Mitgliedes des Stadt-Magistrats in einer demnächst zu veranstaltenden gemeinschaftlichen Sitzung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten an.

I. Aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. v. Mts. theilt der Herr Vorsitzende der Versammlung Folgendes mit:

In dem Locale des städtischen Archivs befindet sich eine nicht unbedeutende Anzahl alter Bücher, besonders philologischen, theologischen und medicinischen Inhalts, welche der hiesigen Stadt aus verschiedenen alten Vermächtnissen erworben sind. Da diese Bücher für die hiesige Stadt von keinem Interesse sind, gleichwohl theilweise einen antiquarischen Werth haben, so beabsichtigt der Stadt-Magistrat, dieselben durch Tausch oder Verkauf zu verwerthen und auf diesem Wege die nächstgebotenen Mittel zu einer Sammlung der für die hiesigen städtischen und Landes-Verhältnisse wichtigen Bücher und Alterthümer zu erzielen. Es soll dabei vorzugsweise auf solche Bücher Rücksicht genommen werden, welche auf die Verfassung und Geschichte der Stadt und

des Landes sich beziehen. von Braunschweigern geschrieben oder im Braunschweigischen erschienen sind, sowie auf Alterthümer, Münzen und dergleichen, welche für die Geschichte und die Verhältnisse der hiesigen Stadt in irgend einer Weise von Interesse sind. Die Vervollständigung solcher Sammlung, welche einstweilen in den Räumen des Archivs aufbewahrt und demnächst wohl in das Neustadt-Rathhaus verlegt werden könnte, würde allerdings eine jährliche Geldverwendung nöthig machen; doch wird darauf gerechnet, daß die Sammlung auch durch Geschenke der Verleger, Schriftsteller und anderer Personen werde bereichert werden.

Für die Ausführung dieses vorerst im Allgemeinen angedeuteten Plans nimmt der Stadt-Magistrat die Zustimmung der Versammlung zu dem Zwecke in Anspruch, um wegen Vertauschung resp. Verkaufs der vorhandenen Bücher Verhandlungen einleiten, auch durch eine Bekanntmachung den Plan zur öffentlichen Kenntniß bringen und die Landes-Einwohner auffordern zu können, durch Geschenke der Gründung einer Sammlung von Büchern und Alterthümern der bezeichneten Art förderlich zu werden.

Die Proposition des Stadt-Magistrats wird von dem Herrn Vorsitzenden der Versammlung zur Annahme empfohlen und auch von den Herren Meyer und Steinmeyer unterstützt, von dem Erstem in der Voraussetzung, daß bei der Veräußerung nicht gegen die Intentionen der Vermächtnißgeber verstoßen, von dem Letztern mit dem Wunsche, daß namentlich wegen der theologischen Bücher die hiesige geistliche Ministerial-Bibliothek berücksichtigt werde.

Von der Versammlung wird die Zustimmung und Ermächtigung des Stadt-Magistrats zur weiteren Verfolgung des Plans in der beabsichtigten Art und Weise ertheilt.

II. Auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 27. v. Mts. wird nach Antrag des Herrn Grotzian Namens der Finanz-Commission der Wittve des Stadtraths Mack der Gehalt des letztern noch für die zwei Monate September und October von der Versammlung bewilligt.

III. Die weiteren Verhandlungen über Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt und über einige Steuer-Reclamationen und Erlaß-Gesuche werden in vertraulicher Sitzung vorgenommen.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

## No. 8. Sitzung am 18. October 1860. 1860.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Deſterreich eröffnet.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 6. v. Mts. wird verlesen und genehmigt. Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Grund, Halle, Helfft, Jüdel, Kloss und Uhlde.

I. Der Herr Vorsitzende macht aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 22. v. Mts. Mittheilung, nach welchem das Herzogliche Staats-Ministerium, nachdem der freie Verkehr auf dem Verbindungswege zwischen der Frankfurter- und der Leipziger-Straße, in der Strecke von ersterer Straße bis zu dem neu angelegten Wege längs des Bahnhofes, bereits durch Rescript vom 8. Februar d. J. gestattet worden, nunmehr durch Rescript vom 9. September auch die Strecke dieses Verbindungsweges von der Einmündung des neuen Weges bis zur Leipziger-Straße dem freien Verkehre übergeben hat, jedoch erst vom Jahre 1861 an und unter dem Vorbehalte der Zurücknahme dieser Gestattung, falls sich wider Erwarten Unzuträglichkeiten ergeben sollten.

II. Der Herr Vorsitzende berichtet über eine Proposition des Stadt-Magistrats auf Verwilligung von 40  $\mathcal{R}$ , welche der Magistrat behuf Uebersiedelung der verlassenen Ehefrau des Schneidermeisters Schulze und ihrer vier Kinder nach Amerika verausgabt hat, ohne, wegen der Nothwendigkeit einer schleunigen Entscheidung, vorher die Bewilligung beantragen zu können. Da die Ehefrau Schulze und ihre Kinder von der Armenanstalt unterstützt sind, so erscheint die Verausgabung jener Summe als eine Ersparniß und wird deshalb die Genehmigung empfohlen, welche auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

III. Herr Grottrian berichtet, Namens der Finanz-Commission, über einen Antrag des Stadt-Magistrats, auf Verwilligung eines zweimonatlichen Gehalts an die Wittve des verstorbenen Armenboten Böwing. Die Commission empfiehlt mit Bezugnahme auf frühere ähnliche Verwilligungen die Genehmigung des Antrags, welche auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

IV. An die Stelle des vorerwähnten Armenboten Böwing ist ein neuer Armenbote zu wählen und hat der Stadt-Magistrat dazu, in Uebereinstimmung mit der Armen-Direction, präsentirt:

- 1) den Vereinsboten Conrad Schachel,
- 2) den Schneidermeister Anton Glik,
- 3) den Lohndiener-Adjunct Hantelmann.

Der zuerst präsentirte Vereinsbote Schachel wird mit 18 Stimmen von 19 von der Versammlung erwählt.

V. Herr Rothdurst berichtet, Namens der Commission für die Veranlagung zur Salzconsumtion, über eine diese Angelegenheit betreffende Proposition des Stadt-Magistrats.

Das für die Gemeinde für die Jahre 1860—1862 veranlagte Salzquantum beträgt pro Jahr 4551 Cent. 12 Pfd. und beantragt der Stadt-Magistrat, zu dessen Deckung, wie bisher, abgesehen von der besonderen Veranlagung der Gewerbetreibenden, 10 Pfd. für den Kopf zu veranlagten. Die Commission tritt dem Antrage bei, da eine Herabsetzung auf 9 Pfd. nicht zulässig erscheint, weil die Sellereien nur Quantitäten, welche sich mit 2 Pfd. theilen lassen, verkaufen dürfen, bei einer Herabsetzung auf 8 Pfd. aber das ausgeschriebene Quantum nicht mehr gedeckt werden würde.

Herr Fabricius hält es für wünschenswerth, daß bei Beurtheilung der Reclamationen möglichst nachsichtig zu Werke gegangen werde, da bei der Veranlagung von 10 Pfd. pro Kopf das ausgeschriebene Quantum mehr wie gedeckt werde.

Herr Kahlert bemerkt, daß von der mit Entscheidung der Reclamationen beauftragten Commission, in der That möglichst human verfahren und die Reclamationen den Umständen gemäß berücksichtigt seien.

Herr Nieß will den von ihm schon früher gestellten Antrag auf Befreiung der Kinder unter einem Jahre, von der Veranlagung, nicht wiederholen, hofft aber, daß auch in dieser Beziehung den Reclamationen gegenüber, von der Commission möglichst Abhülfe geschafft werden möge.

Bei der Abstimmung wird die beantragte Veranlagung von 10 Pfd. pro Kopf genehmigt, und zugleich beschlossen, die bisherige Commission mit der Veranlagung, sowie mit der Entscheidung der Reclamationen zu beauftragen.

Es wird hierauf die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.



**Nr. 9.****Sitzung am 15. November 1860.****1860.**

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet, und das Protocoll der Sitzung vom 18. October verlesen und genehmigt.

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Flagge, Grund, Helfft, Kellner, Niemeyer. Ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Meyer.

I. Der Herr Vorsitzende ertheilt dem Herrn Stadtrathe Carstens das Wort, welcher für die Wahl zu diesem Amte und das ihm dadurch erwiesene Vertrauen dankend, die gewissenhafteste Erfüllung seiner Pflichten angelobt.

II. Der Herr Vorsitzende macht die Mittheilung, daß es die Absicht des Stadt-Magistrats sei, die Stelle des Stadtsecretairs, wie es statutarisch statthaft sei, vor der Hand nicht zu besetzen, und hält es deshalb für nothwendig, um nicht durch die Führung des Protocolls und die sonstigen bisher vom Stadtsecretair für die Versammlung mit besorgten Geschäfte ein Mitglied derselben theils den Verhandlungen zu sehr zu entziehen, theils in hohem Grade zu belästigen, einen jungen Juristen zu jenen Geschäften, gegen eine angemessene Remuneration, bis auf Weiteres und widerruflich anzustellen, wozu nach §. 55 der Städteordnung die Versammlung im Einverständnisse mit dem Stadt-Magistrate befugt sei.

Der Herr Vorsitzende proponirt Namens der Statuten-Commission, in welcher die Angelegenheit besprochen sei, ihn zu autorisiren, in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des Stadt-Magistrats, eine paßliche Person auszuwählen, und zu diesem Zwecke den Betrag bis von 100  $\text{R}$  zur Disposition zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt, daß vor der Hand die Anstellung eines Hülfsarbeiters für den Magistrat nicht erforderlich erscheine, da die vorhandenen Kräfte zur Erledigung der Geschäfte ausreichen. Für den Fall, daß es in Zukunft nöthig werden sollte, könne man bei der jetzigen Wahl darauf Rücksicht nehmen, daß der zu Wählende auch für die Stelle eines Hülfsarbeiters beim Stadt-Magistrate sich eigne.

Der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden wird hierauf von der Versammlung genehmigt.

III. Herr Füdel berichtet, Namens der Finanz-Commission, über eine Proposition des Stadt-Magistrats, in welcher empfohlen wird, dem Stadtrathe Rudolphi, welcher ein Capital von 2500  $\text{R}$  aus der Stadtcasse gegen  $4\frac{1}{2}$  Proc. im Mai v. J. vorgeliehen erhalten, jetzt aber Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 Proc. beantragt hat, widrigenfalls er das Capital kündigen wolle, die beantragte Zinsermäßigung zu gewähren. Die Commission spricht sich für eine Herabsetzung auf  $4\frac{1}{4}$  Proc. aus, da, wenn man auch gegenwärtig wohl Geld zu 4 Proc. haben könne, es den Verhältnissen einer öffentlichen Casse nicht angemessen sei, allen Zinsschwankungen zu folgen,

und der Satz von  $4\frac{1}{4}$  Proc. sich als der vom Leihhause bei Ausleihung von Hypothecapitalien angenommene empfehle.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält auf die vom Schuldner beantragte Zinsermäßigung einzugehen für zweckmäßig, da die Stadtcasse bei der eventuell ausgesprochenen Kündigung in die Verlegenheit komme, das Geld wieder unterzubringen. Außerdem erscheine es im allgemeinen Interesse begründet, den Zinsfuß herabzudrücken.

Während Herr Nieß dem Antrage des Stadt-Magistrats beitrug, hoben die Herren Jüdel, Kronheim und Lissebon für den Commissionsantrag noch hervor, daß kein Grund vorliege, dem Schuldner zu willfahren, der in einer Zeit der Verlegenheit das Geld vorgeliehen erhalten habe, jetzt aber es sofort wieder künde.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

IV. Auf den Bericht, welchen Herr Grottrian, Namens der Finanz-Commission erstattet, werden den beiden Magistratsdienern je 20  $\mathcal{F}$  und dem Schreiber bei der Stadtcasse, Gramm, welcher während der Krankheit des verstorbenen Stadtcassen-Controleurs dessen Arbeiten zum Theil mit übernommen hat, 25  $\mathcal{F}$ , als Extraordinarien, der Proposition des Stadt-Magistrats gemäß, bewilligt.

V. Der Herr Vorsitzende berichtet über eine Proposition des Stadt-Magistrats, die Wiederbesetzung der Stelle des Stadtcassen-Controleurs betreffend.

Der Stadt-Magistrat sieht sich außer Stande mehr als eine passende Person, den bisherigen Magistratschreiber Schmidt, welcher von dem Stadtcämmerer als qualificirt empfohlen wird, in Vorschlag zu bringen, und giebt deshalb anheim, von der eigentlich nach der Städteordnung vorgeschriebenen Präsentation von drei Candidaten, ebenso wie es bereits bei der Wahl des jüngst verstorbenen Stadtcassen-Controleurs geschehen, abzuweichen.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden und erwählt sodann durch Abstimmung den vorgeschlagenen Magistratschreiber Schmidt, genehmigt auch den Vorschlag, demselben den statutenmäßigen Minimalgehalt von 300  $\mathcal{F}$  auszusprechen.

VI. Herr Grottrian berichtet, Namens der Finanz-Commission, über eine Proposition des Stadt-Magistrats, in welcher für den neu erwählten Stadtrath Carstens innerhalb des nach §. 3 des Statuts vom 28. Februar 1858 vorgeschriebenen Spielraums von 900  $\mathcal{F}$  bis 1400  $\mathcal{F}$ , ein Gehaltsatz von 1000  $\mathcal{F}$ , in Rücksicht auf die bereits seit 12 Jahren von dem Erwählten als Stadtsecretair der Stadt geleisteten Dienste, vorgeschlagen wird.

Die Commission beantragt die Genehmigung der Proposition, welche auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

Die von der Commission ausgesprochene Ansicht, daß dem Sinne jener statutarischen Bestimmung nach, regelmäßig bei der Neuansstellung eines Stadtraths mit dem niedrigsten Satze anzufangen sei, findet vielseitigen Widerspruch, und wird von der Commission nicht weiter verfolgt.

VII. Herr Grottrian berichtet ferner über die vom Stadt-Magistrate vorgeschlagene Prolongation des im Jahre 1855 mit dem Fischmeister Thies, an dessen Stelle im Jahre 1858 der Fischmeister Haase getreten, abgeschlossenen Pachtcontracts über die städtische Fischerei und die städtischen Fischhälter, welcher Michaelis f. J. abläuft. Die Contractsverlängerung wird auf Empfehlung der Commission beschlossen, und zwar, wie vom Stadt-Magistrate proponirt ist, nur auf 3 Jahre, um nicht die

Disposition über die Pachtobjecte, namentlich das Fischhältergrundstück auf zu lange Zeit zu beschränken.

VIII. Auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden wird, einer Magistratsproposition gemäß, genehmigt, daß in den mit dem Brauereibesitzer Bardenwerper, über einen Keller unter dem Hauptgebäude der Bürgerschule westlichen Bezirks, abgeschlossenen Pachtcontract, der Brauer Theodor Thie, an welchen jener seine Brauerei veräußert hat, unter denselben Contractbedingungen eintrete.

IX. Der Herr Vorsitzende berichtet hierauf, Namens der Statutencommission, über eine Mittheilung des Stadt-Magistrats über das Statut, die Abänderung des §. 28 der Straßenpolizei-Ordnung betreffend. Das Herzogliche Staats-Ministerium hat dem Statute seine Genehmigung nur unter der Bedingung ertheilt, daß im Eingange erwähnt werde, daß es in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizei-Direction erlassen worden sei, und daß am Schlusse eine Bestimmung hinzugefügt werde, nach welcher für die Häuser an den Wallpromenaden die bestehenden Bestimmungen vorbehalten werden, zugleich die Befugniß der städtischen Baucommission zur Ertheilung von Dispensationen ausgeschlossen wird.

Den erstern Zusatz hält die Statutencommission zwar durch die Bestimmungen der Städteordnung nicht für geboten, aber für unverfänglich und weil der gleiche Passus auch im Eingange der Straßenpolizei-Ordnung gebraucht ist, auch für angemessen.

Dagegen erklärt sich die Commission gegen die zweite Bestimmung, da eine ausdrückliche Sanctionirung der für die Wallpromenaden geltenden Vorschriften, welche bisher von der Bau-Direction gehandhabt und nie öffentlich bekannt gemacht sind, bedenklich erscheint.

Eine Dispensationsbefugniß für die städtische Bau-Commission in Anspruch zu nehmen, hält die Statutencommission allerdings unter diesen Umständen für erfolglos, und beantragt daher die auf die Promenaden bezüglichen Worte aus dem Statute ganz fort zu lassen; auch von der Dispensationsbefugniß der Bau-Commission die Promenaden auszunehmen.

Die Versammlung schließt sich den Commissionsanträgen an.

Nachdem dann noch vertrauliche Verhandlungen Statt gefunden hatten, wurde die Sitzung geschlossen.

(Beilage zum 67. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

**N<sup>o</sup> 10.**

(Fortsetzung der Beilage zu N<sup>o</sup> 294 de 1860 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1860.**

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 22. November 1860.

In dieser Sitzung sind nur Gegenstände vertraulicher Art verhandelt, welche eine Veröffentlichung nicht zulassen.

**N<sup>o</sup> 11.**

Sitzung am 29. November 1860.

**1860.**

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Aronheim, Helfft, Niemeyer und Uhde; ohne Entschuldigung die Herren Degener, Kahler und Meyer.

Nach Eröffnung der Sitzung theilte der Herr Vorsitzende der Versammlung zuvörderst mit, daß er dem Beschlusse derselben vom 15. November d. J. gemäß in Uebereinstimmung mit dem Vorsitzenden des Stadt-Magistrats unter den damals getroffenen Bedingungen, dem Referendar Dr. jur. Dedekind, hieselbst, die Führung des Protokolles übertragen habe, worauf Letzterer dieses Amt übernahm.

Nachdem sodann das Protokoll der Sitzung vom 22. d. Mts. verlesen und genehmigt war, wurde zur Tagesordnung, der Berathung über den Entwurf der

**Bau-Ordnung für die Haupt- und Residenzstadt Braunschweig**  
übergegangen.



Zunächst erwähnte der Herr Vorsitzende, daß in Beziehung auf den Entwurf Anträge eingegangen seien: von der vom hiesigen Bürgerverein zu diesem Zweck gewählten Commission (welche die Herren Nischbieter, Quenstedt und Nothdurft zu den übrigen gemacht und bei der Versammlung eingeführt hatten) und von den Herren Fabricius, Flaggge, Helfft und Nies. Auch seien von der mit der Prüfung des Entwurfs beauftragten Statuten-Commission, zu deren Referenten Herr Haeupler bestellt sei, einige von dem hiesigen Architekten- und Ingenieur-Vereine mitgetheilte Bemerkungen berücksichtigt. Was die Streichung der in der Einleitung zu dem Entwurfe vorkommenden Worte »in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizei-Direction« betreffe, so werde der früher, und zwar bei der Berathung des Zusatzes zur Straßenpolizei-Ordnung, gefasste Beschluß bei der endlichen Redaction des Statutes, welche die geehrte Versammlung wie in andern ähnlichen Fällen der Prüfungs-Commission überlassen werde, zur Anwendung gebracht werden.

Die Debatte erstreckte sich nunmehr auf folgende Paragraphen der Bauordnung:

**Zum §. 1** waren folgende Anträge gestellt:

**I.** von Seiten des Bürger-Vereins: es möge hinter »Stadtgebiet« eingeschaltet werden:

»mit Ausnahme der außerhalb der Thore belegenen oder noch zu bauenden industriellen Etablissements« und

**II.** hatte Herr Helfft beantragt, statt »und des Stadtgebiets« zu sagen »und theilweise des Stadtgebiets.«

Während der letztere Antrag, welcher nach den beigelegten Motiven die in dem Verbesserungsvorschlage des Bürgervereins erstrebte Beschränkung ebenfalls herbeizuführen beabsichtigte, als in seiner Fassung zu allgemein keine Berücksichtigung fand, entspann sich über den erstern eine längere Debatte.

Die im Bürger-Verein ausgesprochene und in der Versammlung durch die Herren Quenstedt und Flaggge vertretene Ansicht, daß die Ausdehnung der Bauordnung auch auf die vor der Stadt belegenen industriellen Etablissements unzweckmäßig sei, wurde namentlich damit begründet, daß einestheils dergleichen Etablissements an und für sich schon und im Interesse der Besitzer hinreichend solide gebauet zu werden pflegten; daß bei ihnen schon in Folge des steten Fortschreitens in der technischen Betreibung solcher Gewerbe häufiger Veränderungen in der Anlage nothwendig würden, als bei anderen Gebäuden, und daß die Vornahme dieser Veränderungen, wenn sie den wünschenswerthen Nutzen bringen sollten, nicht an den förmlichen Geschäftsgang, wie ihn die Bau-Ordnung vorschreibe, gefesselt werden dürfe; daß aber auch andrerseits der im Entwurfe ausgesprochene Zweck der Verschönerung der Stadt keine Anwendung finde auf die vor den Thoren gelegenen, dem Auge mehr oder weniger entzogenen und nur technischen Zwecken dienenden gewerblichen Etablissements.

Indessen hatte sich die Commission gegen diesen Antrag erklärt und nach dem Vortrage des Herrn Referenten, dem sich die Herren Desterreich, Caspari und Graß (Letzterer obwohl selbst Inhaber einer vor dem Thore belegenen Fabrik) angeschlossen, vorzugsweise aus folgenden Gründen:

Gerade die in Rede stehenden größeren industriellen Etablissements erforderten ihrem Zwecke gemäß häufig eigenthümliche Constructionen (z. B. besonders eingerichtete Bedachungen), welche, wenn sie zugleich die wünschenswerthe Gewähr der Solidität geben sollten, einer ganz besondern Ueberwachung bedürften; wie denn der Versammlung

noch aus der neuesten Zeit Beispiele in der Erinnerung sein würden, wo Vernachlässigungen in dieser Hinsicht die traurigsten Folgen gehabt hätten. Die Besorgniß, daß der Geschäftsgang, welchen die Bauordnung regelt, zu zeitraubend sei, erscheine aber unbegründet, da nur wesentliche Reparaturen und Veränderungen derselben unterworfen seien. Jedenfalls würden ja endlich gerade solche Bauten und Veränderungen ohnehin schon wegen ihrer mehr oder weniger bedeutenden Feuergefährlichkeit einer Prüfung nach Maßgabe der Feuer-Ordnung jederzeit unterworfen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Bürger-Vereins abgelehnt und die Fassung des Entwurfes genehmigt.

Zum §. 2 war ein Antrag des Herrn Fabricius eingegangen, dahin gehend: die Bau-Ordnung möge in ihrer Anwendung beschränkt werden auf das Äußere von straßenwärts belegenen Gebäuden und bei Nebengebäuden, wenn solche von Straßen oder öffentlichen Plätzen gesehen werden können. und Herr Flaggge hatte folgende Fassung vorgeschlagen:

»Die Vorschriften dieser Bau-Ordnung finden Anwendung nur auf Neubauten und neue bauliche Anlagen mit Ausnahme industrieller Etablissements vor den Thoren.«

Diese Anträge waren von der Commission bekämpft und fanden in der Versammlung eine lebhafte Besprechung.

Herr Fabricius begründete seinen Antrag dahin:

Der Entwurf gehe zu weit, wenn er, statt sich ausschließlich auf Maßregeln der Verschönerung unsrer Stadt zu beschränken, auch die Prüfung der Solidität der Bauten in seinen Bereich ziehe. In dieser Richtung sei die Bau-Ordnung kein Bedürfniß, da, was die Feuer-Polizei betreffe, durch die Feuer-Ordnung, was die sonstige Solidität angehe, durch die gewerbepolizeilichen Vorschriften, nach welchen nur geprüfte Meister Bauten unternehmen könnten, hinreichend vorgesorgt sei. Er selbst sei zwar nicht Sachverständiger, er habe aber, um sich größere Selbstständigkeit in der Beurtheilung der Frage zu verschaffen, den Entwurf mit einem alten anerkannt tüchtigen Bauverständigen aufs Sorgfältigste durchgenommen, und nach dessen Gutachten müsse er annehmen, daß, weil viele bureaukratische und bevormundende Bestimmungen in demselben enthalten seien, die durch den Erlaß der Ordnung zu erreichenden Vortheile reichlich durch die Nachtheile aufgewogen würden. Der Sinn seines Antrages sei daher der, alle Vorschriften, die nicht die Ueberwachung der Bauten in ästhetischer Hinsicht zum Ziele hätten, aus der Bau-Ordnung auszumergen.

Auch Herr Nieß schloß sich im Wesentlichen diesen Bedenken an, und Herr Rieschbieter referirte, daß im Publikum allerdings die Besorgniß herrsche, es werde der Entwurf dem Stadtbaumeister einen allzugroßen Einfluß verschaffen.

Für die Ansicht der Commission sprachen die Herren Haenkler, Lissebon, Caspari, Desterreich und Nothdurft (Lekterer im Namen des Bürger-Vereins) aus folgenden Gründen:

Vielsache Beispiele auch noch in neuester Zeit lehrten, daß die betreffenden bau-polizeilichen Vorschriften auch neben der Feuer- und Gilde-Ordnung durch ein dringendes Bedürfniß erheischt würden, da diese gesetzlichen Bestimmungen nur zu oft umgangen würden. Auch das eigene Interesse der Bauherren könne hiergegen nicht angeführt werden, da sich (namentlich bei Speculationsbauten) die billigste d. h. unsolideste Bauart häufig am Besten bezahlt mache. Der vielfach herrschenden Lieberlichkeit

in den Bauten müsse endlich eine Schranke gesetzt werden. Daß der Einwand: es werde dem Ermessen der Bauherren zu viel entzogen und in die Hand der Behörde gelegt, im Ganzen unbegründet sei, habe auch die Berathung des Entwurfs im Bürgerverein gezeigt; denn dieser habe sich, nachdem er zuvor mit großem Mißtrauen der Bau-Ordnung entgegengesehen, nach sorgfältiger Prüfung mit allen wesentlichen Bestimmungen derselben einverstanden erklärt. Um nun aber jedem Vorwurfe der Art, daß der Entwurf die Bürger einer zu großen Bevormundung, namentlich der Willkür des Stadtbaumeisters unterwerfe, auszuweichen, habe die Commission sich dahin entschieden, vorzuschlagen, daß dem Stadtbaumeister als Mitgliede des Stadtbauamtes nach §. 5. nur eine beratende Stimme gewährt werden solle. Nach dieser Aenderung falle denn bei der sonstigen Zusammensetzung der Behörde die Entscheidung regelmäßig den in derselben vertretenen Mitgliedern dieser Versammlung und des Stadt-Magistrats anheim, und wohin würde es führen, wenn man diesen, von den Bürgern selbst gewählten Männern nicht das Vertrauen schenken wollte, daß sie das Interesse ihrer Mitbürger auch nach dieser Seite hin wahren würden! Wenn aber der Antragsteller sich auf das Urtheil eines von ihm zu Rathe gezogenen Sachverständigen beziehe, so müsse entgegnet werden, daß der Entwurf von einem Vereine von Bauverständigen geprüft und entschieden gebilligt sei. Es verstehe sich endlich von selbst, daß, insoweit die Rücksicht auf Verschönerung der Stadt in Frage komme, es Niemandem in dem Stadtbauamte einfallen werde, die Erfordernisse der an den Straßen aufgeführten Bauten auch auf Hof- und Stallgebäude und dergleichen auszudehnen.

Bei der Abstimmung wurde der Fabricius'sche Antrag verworfen.

Was den Antrag des Herrn Flagge betrifft, so erklärte die Commission sich auch gegen diesen, weil wesentliche Reparaturen und Veränderungen meist von gleicher Wichtigkeit seien, wie Neubauten, weil ferner durch die in den Entwurf aufgenommene Bestimmung die sonst voraussichtlich häufigen Versuche, Neubauten unter dem Scheine von Reparaturen alter Baulichkeiten zu errichten und damit der Controlle zu entziehen, illusorisch gemacht werden würden; und weil man endlich durch die demnächst zu beantragende andere Fassung des §. 14. wegen der wesentlichen Veränderungen u. allen vernünftigen Ansprüchen gerecht zu werden versucht habe.

Herr Flagge zog hierauf, mit Bezugnahme auf die neue Redaction des §. 14., seinen Antrag zurück.

Zum §. 5. gestellte Anträge:

I. Zu §. 2. Herr Nieß will folgende Fassung:

»aus drei Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung, welche möglichst praktische Kenntnisse im Bauwesen haben.«

II. Zu §. 4. Der Bürger-Verein schlägt vor, statt: »einem Gehülfen desselben« zu sagen:

»einem Techniker, welcher im hiesigen Lande bereits beide Staatsexamina bestanden hat.«

Herr Nieß hält es für angemessen, den ganzen Passus in Betreff des Gehülfen fortzulassen.

III. Ferner ist sowohl von dem Bürgerverein, als von den Herren Fabricius und Flagge der Antrag gestellt, dem Stadtbaumeister nur eine beratende Stimme zu gewähren, und endlich von Herrn Flagge ferner vorgeschlagen,

einem andern intelligenten Bauverständigen Sitz und Stimme im Bauamte zu ertheilen.

Herr Haeuzler als Referent bemerkt zunächst, daß die Commission mit Rücksicht auf diese Anträge folgende Aenderungen der Versammlung empfehle.

1) Es möge ad 4. statt »einem Gehülfen« gesagt werden »einem Vertreter«; hierdurch werde jeder Zweifel darüber wegfallen, daß nur eine im Bauwesen erfahrene Capacität bei Verhinderung des Stadtbaumeisters zugezogen werden könne.

2) Es solle hinter »Stadtbauamts« hinzugefügt werden »jedoch ohne Stimme« — wonach denn auch der betreffende Passus der Feuer-Ordnung abzuändern sein werde.

3) Man möge im letzten Absatze statt, »von 4 Mitgliedern« sagen — »von 3 stimmführenden Mitgliedern«;

Dagegen könne die Commission den übrigen Abänderungs-Vorschlägen ihre Billigung nicht ertheilen.

Indessen hielt Herr Nieß seinen durch die Commissions-Vorschläge nicht erledigten Antrag aufrecht. Namentlich fand derselbe es unangemessen, gerade die Maurer- und Zimmer-Meister von der Mitgliedschaft im Stadtbauamte auszuschließen. Der Herr Vorsitzende erwiederte dagegen: die Versammlung werde schon von selbst möglichst sachverständige Mitglieder in die zu schaffende Behörde wählen; und Herr Haeuzler betonte, was die Ausschließung der Maurer- und Zimmer-Meister betreffe, daß sie erfolgen müsse, um diese, dann so oft Richter in eigener Sache, ihren Collegen und den Bauherren gegenüber nicht in eine schiefe Stellung zu bringen. So fand denn auch der bestimmte Antrag des Herrn Nieß, die erwähnten Gewerbetreibenden ausdrücklich zur Mitgliedschaft zuzulassen, bei dessen Vertheidigung der Herr Antragsteller besonders hervorhob, daß bei etwa obwaltenden Bedenken die Stadtverordneten-Versammlung solche, obgleich sachverständige, Männer nicht in das Stadtbauamt wählen werde, keine Unterstützung.

Gegen den dritten Commissions-Vorschlag, die Erleichterung der Beschlußfähigkeit des Bauamtes betreffend, erhob sich Herr Fabricius. Es sei unerläßlich, daß, wenn das Publikum wie erforderlich gegen Willkür sicher gestellt werden solle, die Beschlußfähigkeit des Bauamtes von der Anwesenheit sämtlicher Mitglieder abhängig gemacht werde, indem es nach dem Commissions-Antrage wohl vorkommen könne, daß die Behörde auch nur bei Anwesenheit eines einzigen Stadtverordneten Beschlüsse fassen werde. Er gebe daher anheim, rücksichtlich der Ernennung von Stellvertretern für den Behinderungsfall der Mitglieder Vorsorge zu treffen.

Sowohl aus formellen, als aus materiellen Gründen sprachen gegen diesen Antrag die Herren Haeuzler, Desterreich und Lissebon. Formell sei er unzulässig, weil verspätet, und materiell nicht zu befürworten, weil durch Einführung von Stellvertretern der Geschäftsgang würde erschwert werden, und weil man, namentlich bei der im §. 11. geregelten Zulässigkeit von Recursen, eine ernstliche Gefahr darin nicht finden könne, wenn einmal einem Mitgliede des Magistrats, des gesetzlichen Vertreters der Stadt, im Bauamte die entscheidende Stimme zufallen sollte.

Was den Antrag des Herrn Schlagge, auf Zuziehung noch eines bauverständigen Mitgliedes betrifft, so wurde dagegen erinnert, daß man schon aus Rücksichten der Sparsamkeit hiervon absehen müsse; vor Allem aber sei zu berücksichtigen, daß ja dem Bauamte nicht bloß das Gutachten des Stadtbaumeisters, sondern, und zwar in



dem einzureichenden Bauplane, auch das eines andern Sachverständigen stets vorgelegt werden müsse — ein Umstand, der die völlige Unbefangenheit der Prüfung ermöglichen.

Nachdem Herr Flagge seinen Antrag zurückgezogen hatte, nahm die Versammlung die Anträge der Commission an, und fielen damit die der Herren Nieß und Fabricius.

**§. 6.** Herr Fabricius ist für die Streichung dieses §., indem der Stadtbaumeister den Bürgern gegenüber nicht selbstständig entscheiden, hiezu vielmehr nur das Bauamt competent sein dürfe. Dagegen habe er nichts dagegen, wenn diese Bestimmung des §. 6. in die Instruction des Stadtbaumeisters aufgenommen werde.

Wie die Commission sich gegen diesen Antrag deshalb erklärte, weil, wenn die hier dem Stadtbaumeister primo loco übertragenen Geschäfte von Anfang an dem Ressort des Stadtbauamts zugetheilt, dessen Geschäftslast zu groß werden würde, so äußerten sich auch die Herren Caspari und Desterreich gegen den vom Antragsteller vorgeschlagenen Ausweg, weil nichts, was nicht im Principe in der von den Stadtverordneten geprüften Bau-Ordnung selbst gebilligt sei, einer von der Einwirkung derselben unabhängigen, vom Stadt-Magistrate ausschließlich verfaßten Instruction einverleibt werden dürfe.

Der Antrag des Herrn Fabricius wurde darauf abgelehnt.

Die zu **§. 7.** von den Herren Fabricius und Flagge gestellten, und auf ihren früheren Anträgen wegen Beschränkung des Entwurfes überhaupt und des Ressorts des Stadtbaumeisters insbesondere beruhenden Vorschläge wurden theils von denselben zurückgezogen, theils von der Versammlung verworfen.

**Zum §. 8.** Die Ansicht des Herrn Fabricius, daß dem Zwecke der Bau-Ordnung gemäß dem Bau-Amte rücksichtlich der im §. erwähnten Gegenstände eine größere Competenz, als bloß die Befugniß zur Ertheilung von Gutachten verliehen werden müsse, trat der Herr Referent Namens der Commission entgegen, weil es nicht Sache der Versammlung sei, die in diesen Verhältnissen jetzt bestehenden Competenzbestimmungen einseitig abzuändern. Herr Fabricius zog seinen Antrag hierauf zurück.

**Zum §. 11.** hat Herr Helfft vorgeschlagen, die Bestimmung zu treffen, daß die motivirte Entscheidung des Stadt-Magistrats »binnen 8 Tagen nach eingereichten Recurse« zu erfolgen habe. Die Commission hat sich, weil die Einhaltung dieser Frist in manchen Fällen unthunlich sei, dagegen erklärt, eine Ansicht, die von der Versammlung gebilligt wird.

Zu Absatz 3. hat ferner Herr Fabricius beantragt, der Polizeibehörde das Recht des Recurses zu entziehen; da derselben Sitz und Stimme im Bauamte gewährt sei, so sei hier der Ort, sich vollständig zu verständigen. Die Commission erklärt sich auch hiergegen, weil, wenn eine Verständigung nicht erreicht werde, der Herzoglichen Polizei-Direktion, die Wahrung eines etwaigen öffentlichen Interesses gesichert werden müsse. Nachdem noch der Herr Vorsitzende auf die Zweckmäßigkeit der im Entwurfe enthaltenen Bestimmung, welche den unter keinen Umständen zu vermeidenden Eingriffen der Verwaltungs-Behörden einen geregelten Weg anweise, aufmerksam gemacht hat, zieht Herr Fabricius seinen Antrag zurück.

Ein Antrag des Herrn Fabricius zu dem **§. 12.** geht dahin, die Kostenfreiheit der Untersuchung für alle Fälle auszusprechen. Er will deshalb den §. bei dem ersten Punkte schließen.

Nicht so weit geht der Antrag des Bürger-Vereins, nach dem der zweite Satz des §. folgendermaßen lauten soll:

»Es wird jedoch für die von dem Stadtbaumeister auf besondern Antrag des Bauherrn vorzunehmenden Untersuchungen u.«

Die Commission hat sich gegen beide Anträge ausgesprochen und schlägt nur vor, zur Vermeidung von Bedenken den fraglichen Passus in folgender Weise zu fassen:

»Sind aber von dem Stadtbaumeister besondere Untersuchungen, Messungen u. s. w. vorzunehmen, so ist dafür eine Vergütung an die Stadtkasse zu zahlen u.«

Der von den Herren Fabricius und Nothdurft vertretene Antrag des Bürger-Vereins stützt sich namentlich darauf, daß es unbillig erscheine wenn die Bürger, welche durch Unterordnung unter die Vorschriften der Bauordnung sich eines sehr wesentlichen Theils des Verfügungsrechtes über ihr Eigenthum entäußerten, für die von dem Bauamte vielleicht ohne hinreichenden Grund unternommenen Untersuchungen noch Kosten zahlen sollten; daß diese Untersuchungen, zumal, wenn sie honorirt würden, fast ohne Ausnahme in jedem Falle statt finden würden, und daß daher höchstens für den Fall, wenn der Bauherr selbst die Bemühung direct veranlassen sollte, eine Kostenersatzung zulässig erscheine. Wie leicht endlich könne ein querulirender Nachbar durch unbefugte Anzeige beim Bauamte einen Bauherrn in ungerechtfertigte Kosten bringen!

Diesen Ausführungen wurde von den Herren Haeußler, Caspari, Graß und dem Herrn Vorsitzenden entgegen gehalten: Weil die Revision im Interesse der Bauherren geschehe, so sei es angemessen, die Kosten gerade diesen aufzulegen, da die Stadtkasse durch die wahrscheinlich erforderliche Anstellung eines Gehülfsen des Stadtbaumeisters so schon werde belastet werden. In vielen Fällen, und namentlich wenn der Stadtbaumeister aus dem eingereichten Risse die wirkliche Beschaffenheit des Baues nicht ersehen könne, sei aber eine Untersuchung an Ort und Stelle erforderlich, während andererseits ein Mißbrauch der Befugniß des Stadtbaumeisters nicht zu besorgen stehe, da derselbe nur Last von derselben habe, die einzuzahlenden Kosten aber nicht ihm, sondern der Stadtkasse zu gute kämen. Auch habe die Feuer-Ordnung schon ganz ähnliche Bestimmungen aufgenommen. Die Furcht vor querulirenden Nachbarn sei aber nur eine eingebildete, weil, wenn eine solche nachbarliche Beschwerde sich als unbegründet ausweise, Niemand daran denken werde, dem ungerecht Beschuldigten Kosten aufzulegen, wenn sie aber begründet sei, der betreffende Bauherr sich über die ihm erwachsenen Kosten schwerlich mit Recht werde beklagen können. Endlich seien die den Bauherren im schlimmsten Falle treffenden Ausgaben doch im Verhältnisse so gering, daß sie gegen die Vortheile der Bestimmung nicht in Betracht kommen könnten.

Der Antrag des Bürger-Vereins wurde hierauf, jedoch nur mit geringer Majorität, verworfen, und die Redactions-Änderung der Commission gut geheißsen.

**Zum §. 13.** Der von der Commission nicht befürwortete Antrag des Herrn Flagge, die Worte:

— »auch wenn das Gebäude nur zu einem vorübergehenden Zwecke dienen soll« —

zu streichen, wurde von dem Antragsteller mit Beziehung auf die Unsolidität mancher während der Messen aufgerichteter Buden u. selbst zurückgezogen.

**Zum §. 14.** Die Commission empfiehlt in Berücksichtigung der mannigfaltigen

zu diesem §. eingegangenen Verbesserungsvorschläge des Bürger-Vereins und der Herren Fabricius, Flagge und Nieß folgende im Wesentlichen vom hiesigen Architekten- und Ingenieur-Vereine vorgeschlagene Fassung:

»Wer an einer vorhandenen baulichen Anlage eine wesentliche Reparatur oder Veränderung vornehmen will, hat davon dem Stadtbaumeister Anzeige zu machen und dessen Genehmigung des Bauplans einzuholen (§. 6.) Wesentliche Veränderungen sind solche, durch welche die von den Straßen, öffentlichen Plätzen, Promenaden und Wegen sichtbare Fassade eines Gebäudes verändert wird, oder solche, welche die Stabilität und Feuersicherheit und die nachbarlichen Verhältnisse berühren«.

Die Fassung wird nach kurzer Berathung, jedoch mit der vom Herrn Oberbürgermeister Caspari vorgeschlagenen Aenderung, daß in Alinea 1 des zweiten Absatzes hinter »Veränderungen« hinzugefügt werde »oder Reparaturen«, von der Versammlung angenommen.

**Zu §. 15.** In wesentlicher Uebereinstimmung mit einigen vom Bürger-Verein eine gestellten Anträgen beantragt die Commission, nach Maßgabe des Gutachtens des hiesigen Architekten-Vereins den §. folgendermaßen abzuändern:

**Zu N 1.:** die Worte: »so wie der jenseitigen Bau- und Straßenlinien« zu streichen.

**Zu N 2. zu sagen:**

»Bei jedem neuen Gebäude sowohl die Grundrisse aller Stockwerke sowie des Kellergeschosses, die straßenseitigen Fassaden und einen Längen- und Querschnitt, um dadurch die wesentlichen Constructionstheile des Innern, als: Höhen und Stärken der Wände, Mauern, sowie die Feuerungs-Anlagen u. s. w. erkennen zu können.

In den Fassaden sind auch die Stagehöhen der unmittelbar angränzenden Nachbarhäuser anzudeuten«.

**N 3.** ganz wegzulassen; ebenso den Satz: »Die Dimensionen ic.« bis »deutlich anzugeben.«

Endlich dem Schlusse folgende Fassung zu geben:

»Es steht dem Stadtbauamte und dem Stadtbaumeister frei, eine Ergänzung des Planes zu fordern, insoweit den sub 1 und 2 gemachten Anforderungen nicht genügt ist«.

Dagegen hat sich die Commission sowohl gegen den Nieß'schen Antrag, nach welchen der ganze §. in folgende Worte zusammengezogen werden soll:

»Jeder Plan zu einem Neubau muß die Situation der neuen baulichen Anlage enthalten, soweit sie zur richtigen Erkennung erforderlich ist, und müssen die angränzenden Straßenlinien dabei bemerkt werden. Bei jedem

neuen Gebäude muß der Grund- und Standriß, sowie die üblichen Durchschnitte deutlich aufgeführt sein«.

als gegen einen andern des Herrn Fabricius erklärt, welcher zu **N** 2 und 3 einige Abänderungen und Abkürzungen der Fassung bezweckt.

Nach kurzer Besprechung, in welcher hervorgehoben wurde, daß die von der Commission vorgeschlagene neue Redaction das wesentliche der übrigen Anträge berücksichtigt habe, wurde die erstere angenommen.

**Zum §. 16.** Der Bürger-Verein hat getadelt, daß diese Bestimmung auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden soll, und beantragt, hinter den Worten: »an den Promenaden« einzuschalten »innerhalb der Thore«, eine Aenderung, die von der Commission befürwortet war und ohne Debatte von der Versammlung genehmigt wurde.

**Zum §. 17.** Nachdem ein von Herrn Fabricius gestellter, auf einer andern Fassung des §. 15. basirter Verbesserungsvorschlag von demselben zurückgezogen war, wurde ein Antrag des Herrn Helfft abgelehnt, nach welchem der erste Satz:

»Bei den Baurissen ist in der Regel das gesetzliche Werkmaaß zum Grunde zu legen«.

lauten sollte. Dagegen billigte die Versammlung den Vorschlag des Architekten-Vereins, nachdem für die Grundrisse und Durchschnitte ein Maaßstab von mindestens  $\frac{1}{120}$ , nicht von mindestens  $\frac{1}{100}$ , gewählt werden soll.

**§. 18.** Von Seiten des Bürger-Vereins war zu Absatz 2. beantragt, hinter »sind befugt« einzuschalten: »und auf Antrag des Bauherrn verpflichtet«. Die Commission hatte die Ablehnung dieses Aenderungsvorschlags beantragt, der dann vor Beginn der Debatte zurückgezogen wurde.

Ebenso fielen zwei Anträge der Herren Fabricius und Flagge, als auf von der Versammlung bereits abgelehnten Prinzipien beruhend, hinweg.

Es kam daher nur ein Antrag des Herrn Nieß zur Besprechung, wonach im ersten Theile des §. gesagt werden soll:

»Bei der Prüfung der Baupläne ist darauf zu sehen, daß die allgemeinen Regeln der Baukunst an den äußeren Fassaden der Häuser beobachtet werden«.

Herr Nieß motivirte seinen Aenderungsvorschlag dahin: daß er besorge, bei der Interpretation dieses §. könne die Ansicht, unter den Regeln der Baukunst sei nur diejenige Seite der Bauwissenschaft verstanden, welche ein wohlgefälliges Aeußeres der Bauten zum Ziele habe, durchdringen; dann aber sei der §. einer der wichtigsten und gefährlichsten des ganzen Entwurfs, weil er vorschreibe, daß jedes Bauwerk, auch der geringsten Art, einer Prüfung zu unterwerfen sei, ob es auch den Anforderungen eines guten Geschmacks genüge.

Von vielen Seiten, namentlich von den Herren Desterreich, Caspari, Gro-



trian, Straß und Hausster wurde erwiedert, daß man unter »den allgemeinen Regeln der Baukunst« keineswegs bloß die eine, vom Antragsteller herangezogene Seite der Wissenschaft sondern alle diejenigen Grundsätze verstehe, durch deren Befolgung die Herstellung eines dem Zwecke entsprechenden (auch soliden) Bauwerkes bedingt sei. In diesem weiteren Sinne sei der Ausdruck auch in unserm Polizei-Straß-Gesetzbuche gebraucht und um so mehr erscheine derselbe völlig unversänglich.

Es wurde darauf, unter Verwerfung des Nieß'schen Antrages, die Fassung des Entwurfes genehmigt.

§. 19. Der Bürger-Verein war zu diesem §. der Ansicht gewesen, daß eine Fristbestimmung binnen welcher die Genehmigung des Bauplanes erfolgen müsse, nothwendig sei, und hatte daher beantragt, im Eingange des §. folgenden Satz einzufügen:

»das Stadtbauamt, beziehungsweise der Stadtbaumeister, hat bei wesentlichen Reparaturen oder Veränderungen innerhalb 8 Tagen, und bei Neubauten innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Eingabe des Bauplans die Erklärung abzugeben, ob derselbe genehmigt sei«;

und Herr Flaggé will diese Frist im Allgemeinen auf 8 Tage, in dringenden Fällen aber auf 3 Tage beschränkt wissen.

Nachdem Herr Nothdurft den Vorschlag des Bürger-Vereins aus dem nahe liegenden Interesse der Bauherren motivirt hatte, sprachen sich der Herr Referent und der Herr Vorsitzende Namens der Commission gegen jede absolute Fristbestimmung aus, die doch, schon weil das Stadtbauamt nicht wohl durch Strafandrohung zur innehaltung derselben gezwungen werden könne, schwerlich ausführbar oder von praktischem Nutzen sein werde; was aber den Stadtbaumeister betreffe, so seien etwaige Pflichtwidrigkeiten bei dessen Vorgesetzten zu rügen, die jeder Dienstvernachlässigung streng entgegen treten würden.

Dagegen schlage die Commission vor, am Schlusse des §. hinzuzufügen:

»die Abgabe der Entscheidung ist möglichst zu beschleunigen«.

Die Versammlung genehmigte hierauf, jedoch nur mit sehr geringer Majorität, die mit letztem Zusatze versehene Fassung des Entwurfes.

Auch zum §. 20. war von Seiten des Bürger-Vereins eine andere Fassung beantragt, und zwar die folgende:

»Werden Abweichungen von dem genehmigten Bauplane beabsichtigt, welche als wesentliche (§. 14) zu betrachten sind, so muß dazu die entsprechende Genehmigung eingeholt werden«.

Die Commission, mit den Motiven des Bürger-Vereins einverstanden, bringt dagegen folgende, vom hiesigen Architekten-Verein gebilligte präcisere Redaction in Vorschlag:

»Werden Abweichungen von dem genehmigten Bauplane beabsichtigt,

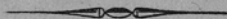
welche die Stabilität, die Feuersicherheit, des Außern der Fagaden, die nachbarlichen Verhältnisse berühren, so ist dazu die Genehmigung einzuholen.»

mit dem Bemerken, daß dann der Schlusssatz, als zu weit führend, ganz wegfallen müsse.

Herr Fabricius endlich hatte sich dahin ausgesprochen, daß die Genehmigung für die im §. erwähnten Veränderungen ic. dem Stadtbaumeister allein überlassen werden möge.

Die Versammlung nahm indessen ohne Debatte den Commissions-Vorschlag an. Zum §. 21. waren Abänderungs-Anträge nicht eingegangen.

Wegen Vorerücktheit der Zeit wurde hiernächst die Sitzung geschlossen:



**N. 12.**

(Fortsetzung der Beilage zu N. 67 de 1861 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1860.**

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 13. December 1860.

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Helfft, Meyer, Niemeyer und Uhde.

Nach Eröffnung der Sitzung und Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung, welches nach Erledigung einiger Reclamationen genehmigt wurde, schritt die Versammlung zum ersten Theile ihrer Tagesordnung, der Berathung und Feststellung des

#### Stadt-Cassen-Etats für das Jahr 1861,

welcher mittelst Schreibens des Stadt-Magistrats vom 3. November d. J. dem Stadtverordneten-Collegio vorgelegt war.

Die Finanz-Commission, zu deren Referenten Herr Födel bestellt war, hatte die Genehmigung des ganzen Etats, sowie er vorgelegt worden, beantragt. Herr Födel ging die einzelnen Positionen durch, und es knüpfte sich nur an wenige derselben eine Besprechung.

So genehmigte die Versammlung ohne Debatte, ad Cap. IV. des Ausgabe-Etats die Erhöhung der Besoldungen

des Magistratschreibers Müller von 220 auf 250 ₰

des Stadt-Cämmerers Wasmus von 900 auf 1000 ₰

des Schreibers Gramm von 150 auf 180 ₰

und die Ertheilung einer jährlichen Remuneration von 60 ₰ an den Copisten

Kuhlmann.

Bei der Position »Straßen-Reinigungs-Anstalt« brachte Herr Fabricius zur Sprache, wie es wünschenswerth erscheine, wenn nach Ablauf der allerdings bis zum Jahre 1857 prolongirten Pachtzeit des jetzigen Pächters, welcher jährlich 1300 ₰ erhalte, die Verpachtung im Wege der Licitation an den Mindestfordernden vorgenom-

men werde, da mehrere Pachtlustige ihm gegenüber sich erbotten hätten, das fragliche Geschäft für eine beträchtlich geringere Summe zu übernehmen.

Herr Lissebon erwiderte darauf, daß diesem Wunsche so ohne Weiteres nicht beigestimmt werden könne, weil man nach der Natur der Sache nur einen solchen Pächter brauchen könne, auf den Verlaß sei.

Ein bestimmter Antrag war von Herrn Fabricius nicht gestellt, und man ging zur Besprechung der dem Stadt-Cassen-Etat beigelegten Special-Etats über.

Auch hier erhob sich kein Widerspruch. Nur wurde rücksichtlich der beantragten Erhöhung der Besoldung für die beiden Schulpedellen bei den Bürgerschulen von 120 auf 150  $\text{fl}$  von einem der Herren Stadtverordneten erinnert, daß diese kaum erforderlich erscheine, weil die betreffenden Personen bei freier Wohnung und Feuerung gut genug gestellt seien. Inbessen genehmigte die Versammlung auch diese Posten, nachdem von anderer Seite hervorgehoben war, daß in Folge der Vermehrung der Classen die Arbeitslast, namentlich rücksichtlich der Reinigung und Heizung der Zimmer, so sehr gestiegen sei, daß die Schuldiener dazu fremder Aushülfe bedürftig seien.

Ebenso billigte die Versammlung die (erst nach Aufstellung des Etats noch beantragte) Erhöhung der Remuneration zweier zur Aushülfe angestellter Lehrer von je 150  $\text{fl}$  auf je 160  $\text{fl}$ , sowie die Erhöhung der Besoldung des zur Armen-Verwaltung übergegangenen Schreibers Gerloff von 150  $\text{fl}$  auf 180  $\text{fl}$ .

Da nach dem Etat sich ein Deficit von 55,000  $\text{fl}$  herausstellte, so genehmigte schließlich die Versammlung die Deckung desselben durch Ausschreibung einer Communal- und Armensteuer in gleichem Betrage und nach den bisher dabei beobachteten Grundsätzen.

Hierauf ging man zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung, der Fortsetzung der Berathung über den Entwurf der

### Bau-Ordnung

über. Referent war wie früher Herr Haeusler.

**Zu §. 22.** Ein Zusatz-Antrag des Herrn Helfft: — »die Entscheidung muß binnen 8 Tagen nach geschehener Einreichung des Bauplans erfolgen«. —

fand, nachdem Herr Nies seinen ähnlich lautenden Antrag mit Rücksicht auf den zum §. 19. angenommenen Zusatz zurückgenommen hatte, dem Commissionsantrage gemäß, keine Berücksichtigung.

Andere Verbesserungs-Vorschläge der Herren Fabricius und Flagge, welche auf bereits abgelehnten Voraussetzungen beruhten, wurden von denselben zurückgenommen.

**§. 23.** Gegen den Antrag des Herrn Fabricius, welcher den Inhalt des §. 23 auf den Satz:

»Jeder Bau muß nach dem genehmigten Bauplane ausgeführt werden« beschränkt wissen will, hat sich die Commission ausgesprochen.

Herr Fabricius erklärt bei Motivirung seines Antrages die Revision der Bauten durch den Stadtbaumeister noch während des Baues für gefährlich, weil leicht zu Chikanen Anlaß gebend.

Von Seiten der Herren Haeusler, Kronheim, Desterreich und Graß wird darauf erwidert daß die Bestimmung des ersten Satzes, welchen Herr Fabricius



im Wesentlichen beibehalten wolle, die Vorschriften der beiden andern Absätze keineswegs in sich schließe, letztere aber im Interesse des Publikums und um so mehr durchaus erforderlich seien, als eine Revision erst nach Vollendung des ganzen Baues Verfündigungen mancher Art theils nicht mehr werde herausfinden, theils nicht werde wieder gut machen können.

Der Fabricius'sche Antrag wird hierauf abgelehnt.

Zu §. 24. Der Vorschlag der Commission, an dieser Stelle statt »der Stadt« zu sagen »des Stadtgebietes« wird ohne Weiteres genehmigt.

Herr Helfft hat die Streichung des §. 28 beantragt, weil Erker in der Regel nicht entstellen, sondern verschönern.

Herr Haessler spricht sich Namens der Commission hiergegen aus, weil man die Anlegung von Erkern, wenn sie nur zur Verschönerung dienen, nicht versagen würde, Erker aber auch namentlich bei engeren Straßen durch Entziehung des Lichtes nachtheilig sein könnten.

Die Versammlung tritt der Ansicht der Commission bei.

Auch zu §. 29 liegt ein Antrag des Herrn Helfft vor, nach welchem statt des ersten Satzes:

»Altane und Balkons sind auf Säulen nur zu gestatten, wenn es die Dertlichkeit erlaubt«.

gesagt und im Schlusssatz hinter »hergestellt« eingeschaltet werden soll:

»mit sicherer Befriedigung und zur Ableitung des Trausensfalls mit Rinnen versehen«.

Die Commission ist nicht für die Aenderung des ersten Satzes, indem in allen Fällen, wo dergleichen Altane wirklich verschönerten und nicht genirten, deren Anlage werde gebilligt werden. Dagegen beantragt sie in Uebereinstimmung mit Herrn Helfft, im zweiten Satze einen Zusatz wegen Anlegung von Rinnen zu machen, und schlägt schließlich vor, den Schlusssatz des §., weil derselbe bei Fachwerkgebäuden nicht ausführbar sei, zu streichen.

Die Versammlung trat ohne Debatte den Vorschlägen der Commission bei und übertrug der letztern die Redaction des angenommenen Zusatzes.

Bei §. 30 will Herr Nieß den ersten Satz folgendermaßen umgeändert haben:

»Bei Anlegung von Läden und Schaufenstern ist ein Vortreten vor die Grundmauern nur dann gestattet, wenn dadurch die Passage nicht ungebührlich beengt wird. Ueber 6 Zoll hinaus wird ein Vorsprung nicht gestattet«.

Die Commission hat sich hiergegen ausgesprochen, und nachdem die Herren Haessler, Desterreich und Graß hervorgehoben haben, es sei wünschenswerth, als Regel das durch die im §. 68 geregelte Dispensationsbefugniß des Stadtbauamts gemilderte Verbot im Allgemeinen beizubehalten, und daß eine Raumbestimmung nicht auf alle Verhältnisse anwendbar sei, wird der Nieß'sche Antrag abgelehnt.

Zu §. 31 war zum dritten Absätze ein Aenderungsantrag des Herrn Nieß eingegangen, den die Commission in folgender Fassung der Versammlung empfiehlt:

»Vor die Schwell- oder Plintmauer vorspringende Fußstufen sind überhaupt nur da gestattet, wo zwischen jenen und den Breitensteinen ein Zwischenraum von mindestens 3 Fuß vorhanden ist, müssen aber immer nach vorn hin eine runde Form haben. Bei geringerer Entfernung sind

die Fußkragen so anzubringen, daß Fußgänger sich daran nicht beschädigen können. Vorhandene Fußkragen sind binnen 6 Monaten hiernach einzurichten». Herr Uronheim befürwortete die strengere Fassung des Entwurfes, weil den Fußgängern mehr Sicherheit bietend. Der Herr Vorsitzende sowohl wie Herr Nieß sprachen dagegen für die Abänderung, weil man die Anlegung der für die Reinlichkeit so wesentlichen Fußkragen nicht übermäßig erschweren dürfe, und die Versammlung genehmigte endlich die von der Commission vorgeschlagene Fassung.

Auf eine Anfrage des Herrn Graß in Beziehung auf den Absatz 2 des §., ob eine Neupflasterung der Straße einer wesentlichen Reparatur im Sinne des §. gleichzuachten sei, wurde von den Herren Oberbürgermeister Caspari und Nieß auf den §. 11 der Straßenpflasterungsordnung verwiesen, in welchem diese Frage ihre Erledigung gefunden habe.

Zu §. 32. Zum Absatz 2 hatte Herr Nieß vorgeschlagen, statt »sie sollen u.« zu sagen:

»es dürfen dieselben jedoch vor die Grundmauern des Hauses nicht ungebührlich weit vortreten«, und motivirte seinen Antrag dahin, daß die Vorschrift des Entwurfes, weil sie nach der Fassung desselben nicht bloß auf Fenstergitter, sondern auch auf Fensterläden bezogen werden müsse, unmöglich durchführbar sei.

Der Herr Vorsitzende erwiderte, daß dieselben zwar nur auf Fenstergitter Beziehung haben solle, daß aber allerdings die Fassung der größeren Deutlichkeit wegen bei der endlichen Redaction einer Aenderung zu unterziehen sein möge. Nachdem Herr Nieß mit Rücksicht hierauf seinen Antrag zurückgezogen hatte, wurden zwei Anträge der Commission:

im ersten Satz statt des citirten §. 26 der Straßen-Polizei-Ordnung das neu zu erlassende Statut zu allegiren, und

am Schlusse vor »Platten« einzuschalten »durchbrochenen«, angenommen, ein Antrag des Herrn Helfft aber, nachdem im dritten Satz statt »Oeffnungen« ein anderer Ausdruck gewählt werden sollte, abgelehnt.

Zu §. 34. Der Bürger-Verein hat die Streichung dieses §. beantragt, weil die Bestimmung desselben rücksichtlich der vor den Thoren gelegenen Gebäude, wenn der Feuergefähr wegen erlassen, unnöthig sei, da die hier überall befindlichen Gärten, die Annäherung doch von allen Seiten gestatteten; rücksichtlich der an den Promenaden liegenden Gebäude aber die Competenz des Stadtbauamts, wenigstens einstweilen, nicht begründet, endlich aber die wegen der Garten-Ordnung vorgeschlagene Bestimmung überflüssig, weil selbstverständlich sei.

Auch die Commission hatte diese Erwägungen gebilligt und die Versammlung nahm ohne Debatte den Antrag an.

Zu §. 38. Herr Nieß will die im ersten Absätze auf mindestens 10 Fuß festgesetzte lichte Höhe der Hauptstockwerke auf 9 Fuß ermäßigt haben, und nach dem Referat des Herrn Haessler hat die Commission in dieser Beziehung einen bestimmten Beschluß nicht gefaßt, sondern stellt lediglich der Versammlung die Entscheidung anheim.

Während der hierüber entstehenden längern Besprechung wurde ein von Herrn Graß erst jetzt gestellter Antrag auf Streichung des ganzen ersten Absatzes, um den-

selben noch jetzt formell zulässig zu machen, Namens des Stadt-Magistrats von Herrn Oberbürgermeister Caspari aufgenommen und der Versammlung empfohlen.

Während die Herren Haeusler, Degener und Grotrian die Fassung des Entwurfes, theils im Interesse der Aesthetik, theils in dem der Gesundheits-Polizei verteidigten, sprachen für die beantragte Streichung des Absatzes, eventuell aber für die von Herrn Niesß befürwortete Ermäßigung der Höhe der Hauptstockwerke außer den Herren Caspari, Graß und Niesß noch die Herren Flagge, Steinmeyer und Desterreich, indem sie bemerkten, daß selbst die beantragte geringere Höhe in vielen Gegenden der Stadt noch jetzt nicht erreichbar, das gesundheits-polizeiliche Interesse aber hinreichend durch den zweiten Absatz des §. gewahrt sei.

Der von Herrn Oberbürgermeister Caspari aufgenommene Antrag des Herrn Graß wurde hierauf genehmigt und der Commission die hiernach nothwendige Aenderung der Ueberschrift des §. überlassen.

**Zu §. 39.** Ein Antrag des Herrn Helfft, den ganzen zweiten Absatz zu streichen, weil beim Mangel billigerer Miethwohnungen eine Beschränkung der Zahl der Stockwerke in Niemandes Interesse liege, wird von der Commission nicht befürwortet, weil dieselbe wegen der Feuergefährdung nothwendig sei. Dagegen schlägt sie auf Antrag des hiesigen Architekten-Vereins vor, den letzten Passus »Mansardendächer ic.« fallen zu lassen.

Gegen den letztern Vorschlag sprachen die Herren Fabricius und Lissebon, letzterer namentlich deshalb, weil die wegzulassende Bestimmung für die vor den Thoren belegenen Häuser eine wesentliche sei, indem die in der Garten-Ordnung sich findenden Bestimmungen über die einzuhaltende Entfernung der Bauten vor den Grenzen der Grundstücke sich nach der Zahl der Stockwerke unterschieden, hier es aber erforderlich sei, Dächerker ic. für volle Stockwerke zu rechnen.

Besonders die Herren Haeusler und Niesß vertraten dagegen den Standpunkt der Commission, indem, wie sie anführten, es gestattet sein müsse, vier in der That zu Wohnungen aptirbare Stockwerke zu errichten, die Bestimmungen der Garten-Ordnung aber durch das vorliegende Statut in keiner Weise geändert würden.

Die Versammlung trat bei der Abstimmung, unter Ablehnung des Helfft'schen Antrages dem Commissions-Vorschlage bei.

**Zu §. 40.** Von Herrn Fabricius ist die Abänderung des zweiten Satzes beantragt, und der Herr Antragsteller motivirte dies mit dem unberechtigten Eingriffe in die Eigenthumsrechte der Hausbesitzer, den die Bestimmung des §. vielfältig involviren werde.

Der Herr Referent und der Herr Vorsitzende sprachen sich dagegen Namens der Commission für Beibehaltung des Passus aus; derselbe enthalte, schon weil kein Präjudiz gestellt sei, seiner ganzen Fassung nach keine Zwangsvorschrift, werde aber dazu dienen, die Besitzer solcher Häuser zur Schonung der Denkmäler, sowie zur Einholung guten Rathes behuf ihrer Erhaltung und Herstellung zu veranlassen.

Auch Herr Aronheim befürwortete das Stehenbleiben der betreffenden Bestimmung, aber aus ganz anderen Gründen. Nach seiner Meinung enthalte dieselbe ebenfogut, wie jede andere Vorschrift dieses Theils des Entwurfes eine nöthigenfalls erzwingbare Festsetzung, und nirgends erscheine der Zwang berechtigter, als eben hier, wo es sich darum handele, der Stadt unersetzbare Kostbarkeiten zu erhalten, deren Verfall oder Zerstörung nur die Impietät wollen könne.

Bei dieser Sachlage schlug Herr Nieß vor, die Abstimmung einstweilen zu vertagen, um der Commission Gelegenheit zu geben, eine andere bestimmtere Fassung der Versammlung vorzulegen.

Letztere entschied sich jedoch mit geringerer Majorität dahin, der Commission zwar eine andere Redaction des fr. Passus aber nur insoweit zu übertragen, daß durch sie eine erzwingbare Pflicht zur Erhaltung der historischen Denkmäler ausgeschlossen werde.

Zu §. 41. Ein Helfft'scher Antrag auf Streichung dieses §., weil Risalite stets zur Verschönerung dienen, war von der Commission bekämpft, weil sie, wenn sie wirklich diesen Zweck erfüllten, von dem Bauamte gestattet werden würden, und wurde von der Versammlung verworfen.

Zu §. 43 und 44. Die Herren Fabricius und Flagge haben die Streichung der §§. 43 und 44, und Herr Nieß wenigstens die des §. 44 beantragt, weil sie zu gefährliche Eingriffe in die Eigenthumsbefugnisse enthielten. Die Commission hat sich von der Begründetheit dieser Befürchtungen nicht überzeugen können und schlägt die Beibehaltung beider §§. vor.

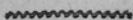
An der Debatte theilnahmen für die Anträge die Herren Nieß, Flagge und Fabricius, und gegen dieselben die Herren Haesler, Desterreich, Aronheim, Caspari, Kloss und Südel, und wurde namentlich von dieser Seite hervorgehoben: daß die betreffenden Bestimmungen allerdings eine Eigenthums-Beschränkung aber gewiß keine gewichtigere enthielten, als so manche andere Vorschriften des Entwurfes, oder anderer Statuten und Gesetze; daß dergleichen Beschränkungen, selbst wenn sie Opfer erheischen, unerlässlich seien im Interesse der Gemeinheit, der man angehöre; daß gerade die wenig zahlreichen Fälle, auf welche insbesondere der §. 44 Anwendung leide, solche seien, bei denen eine Vernachlässigung der in ihm enthaltenen Anordnung nur zu leicht zum öffentlichen Scandale gereichen würde; und daß man endlich doch unmöglich erwarten könne, daß das Stadtbauamt die wichtigen ihm übertragenen Funktionen zu irgend welchen Chikanen benutzen werde.

Die Versammlung entschied sich darauf für die Beibehaltung beider §§. Da eine Fortsetzung der Berathung der Bau-Ordnung wegen Vorrücktheit der Zeit unthunlich war, so billigte die Versammlung den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, behuf Erledigung des letzten Theils derselben noch vor dem Schlusse des Jahres eine letzte Sitzung anzuordnen.

Schließlich richtete noch Herr Graß an die anwesenden Mitglieder des Stadt-Magistrats die Anfrage, wie es sich mit dem von dem Herrn Stadtbaumeister Tappe am hiesigen Collegio Carolino übernommenen Unterricht verhalte.

Der Herr Vörlagermeister Caspari erwiderte hierauf: Der Herr Stadtbaumeister habe, als der Professor Banstratt vorerst in Urlaub seine Stellung an der gedachten Anstalt verlassen, auf Verlangen der Behörden provisorisch den von diesem ertheilten Unterricht übernommen und die durch seine Vertretung in seiner städtischen Funktion entstandenen Kosten, wie der Versammlung bekannt, selbst getragen. Nachdem nun vor Kurzem der Professor Banstratt definitiv seine Entlassung aus den hiesigen Diensten genommen, werde mit Ostern k. J. das Provisorium aufhören, und der Stadt-Magistrat selbst eine längere Dauer des bisherigen Verhältnisses nicht wieder genehmigen.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.





**Nr. 13.**

Sitzung am 28. December 1860.

**1860.**

Abwesend sind die Herren Halle, Helfft, Grotian, Südel, Kahlert, Niemeyer, Rischbieter und Steinmeyer.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13. December d. J. wurde zum einzigen Gegenstande der Tagesordnung, zur Fortsetzung der Berathung über den Entwurf der

### Bau-Ordnung

übergegangen, bei welcher wiederum Herr Haeusler Referent der Commission war.

Folgende Paragraphen gaben Veranlassung zu einer Besprechung:

§. 46. Von Seiten des Bürger-Vereins war folgende allgemeiner gehaltene Fassung des ersten Absatzes des §. vorgeschlagen:

»Die Grundmauern müssen auf gutem, tragfähigen Boden angelegt oder in dessen Ermangelung gehörig fundirt und wenigstens um 6 Zoll stärker als die zunächst darauf gestellten Mauern aufgemauert werden.«

In gleicher Weise hatte Herr Fabricius darauf angetragen, den Absatz allgemeiner zu fassen und nur für den Fall ein Einschreiten der Behörden anzuordnen, wenn absolute Ungehörigkeiten (z. B. Ausmauerung der Grundmauern mit Lehm statt mit Kalkmörtel) vorkommen sollten.

Herr Nief endlich will, mit Beziehung auf die Bestimmung im §. 80, den ganzen §. gestrichen haben. —

Nach dem Referate des Herrn Haeusler empfiehlt die Commission den Abänderungsvorschlag des Bürger-Vereins rücksichtlich des ersten Absatzes, und hinsichtlich des Schlusssatzes folgende Fassung:

»Die Keller-, Plint- und Schwellmauern sind aus gutem widerstandsfähigen Material auszuführen.«

Da Herr Fabricius seine Wünsche durch die Annahme der Commissions-Anträge für befriedigt erklärte, so wurde nur der Nief'sche Antrag, Gegenstand der Debatte.

Der Herr Antragsteller motivirte denselben im Wesentlichen dahin: an und für sich seien die Werkmeister rücksichtlich der von ihnen zu gebrauchenden Materialien kompetentere Richter als die studirten Architekten; es sei daher eine Controlle der examinirten Maurer- und Zimmermeister um so weniger in dieser Hinsicht am Platze als aus neuester Zeit leichtsinnige und unhaltbare Bauten schwerlich nachzuweisen seien, und der §. 80 des Entwurfes die Haftungspflicht der Werkmeister genügend festsetze.

Von den Herren Desterreich, Caspari, Haeusler und Lissebon wurde darauf erwiedert, daß der §. 80 nur die Verantwortlichkeit der Werkmeister wegen bereits gebrauchter schlechter Materialien betreffe, der §. 46 aber eine Controlle vorschreibe, welcher der Anwendung von ungehörigem Materiale vorbeugen solle; daß aber eine solche Vorschrift im Interesse des bauenden Publikums und um so mehr

wünschenswerth erscheine als viele Accordbauten der Neuzeit das vom Herrn Antragsteller gebrauchte Prädikat nur zu sehr verdienten; endlich auch diejenige Fassung des Entwurfes, welche dem Stadtbaumeister speciell die Controlle übertrage, nach den Commissionsanträgen aufgegeben sei.

Bei der Abstimmung genehmigte die Versammlung unter Ablehnung des Nieß'schen Antrages die Commissions-Vorschläge.

§. 48. Auf Grund eines Antrages des Bürger-Vereins schlägt die Commission folgende vom hiesigen Architekten-Vereine empfohlene Fassung des §. vor:

»Alle Mauern im Innern der Gebäude sind wo thunlich von unten auf massiv aufzuführen, sonst aber durch zweckentsprechende feuerfeste Construction zu unterstützen.

Die Stärke der inneren Mauern ist nach den Dimensionen des Gebäudes und dessen Einteilung zu bestimmen«.

Da die Herren Quenstedt und Genossen sich mit dieser Redaction einverstanden erklärten, so wurde dieselbe ohne Debatte genehmigt.

Herr Nieß hat die Streichung des §. 49. beantragt, weil er zu weit gehe und namentlich dem Stadtbauamte eine zu große Last aufbürde; auch der Bürger-Verein hält denselben für ziemlich überflüssig.

Die Commission empfiehlt dagegen die Beibehaltung des §., weil er im Ganzen nur eine Recapitulation früherer Bestimmungen enthalte und das Bauamt zur Vorname der fraglichen Untersuchungen nicht verpflichte, sondern nur berechtige.

Die Versammlung trat der letztern Ansicht bei.

Auch den §. 50. hält Herr Nieß für überflüssig, weil er durch den §. 46 erledigt sei; die Commission dagegen ist zwar für Beibehaltung desselben, weil er weiter gehe, als §. 46, indem der letztere nur von Mauerwerk handle, beantragt aber die Verschmelzung des §. 50 mit dem §. 52, wo sich ein passender Platz für denselben finde.

Die Versammlung erteilte ihre Zustimmung zu diesem Vorschlage und übertrug der Commission die Redaction des §. 52 auch hinsichtlich der Ueberschrift desselben.

§. 52. Ein Antrag des Herrn Helfft will im ersten Absatze dieses §. statt »höchstens 4 Fuß« — »höchstens 3½ Fuß« gesagt haben, und vermißt überhaupt die Erwähnung von Bohlengelbalken und eisernen Balken.

Nach dem Berichte der Commission ist die erste Aenderung nicht erforderlich — eine Ansicht, der auch Herr Nieß beitrug — und die beantragte zweite Hinzufügung nicht eben wünschenswerth, weil die Zulässigkeit der namhaft gemachten Constructionen sich von selbst verstehe, Alles zu erwähnen aber unmöglich sei.

Die Helfft'schen Anträge wurden hierauf abgelehnt.

§. 56. Aus demselben Grunde wurde ein fernerer Antrag des Herrn Helfft, in der letzten Zeile des §. 56 hinter »massive« hinzuzufügen »oder eiserne«, ohne Debatte abgelehnt.

§. 57. Herr Helfft hatte vorgeschlagen, an dieser oder an einer andern passenden Stelle einen Zusatz hinsichtlich besonders sorgfältiger Verwahrung der Rissen zwischen den Balkenlagen nach dem Freien zu einzuschalten.

Der Antrag der Commission auf Ablehnung dieses Vorschlages, der bei dem all-

gemeinen Controllerechte des Bauamts nicht erforderlich erscheine, wurde von der Versammlung angenommen.

Zu den §§. 58, 59, 60 und 62 hat Herr Helfft die Bemerkung gemacht, daß der Ausdruck, »eine, zwei Häuser verschiedener Eigenthümer trennende Wand« nicht deutlich genug sei. Auf Antrag der Commission beschließt die Versammlung, an den betreffenden Stellen, und zwar in Klammern, einzuschalten: (»gemeinschaftliche«).

Ebenso genehmigt dieselbe auf den Vorschlag der Commission, in der zweiten Zeile des §. 60 »hinter entfernt« das Wort »wasserdicht« einzuschieben.

§. 65. Im Widerspruch mit einem Antrage des Herrn Fabricius, welcher den letzten Absatz als unausführbar gestrichen wissen will, beantragt die Commission die Beibehaltung der Vorschrift, weil dieselbe Bestimmung sich bereits im Aker-Reglement vorfinde und, obwohl bisher nicht streng beobachtet, aus gesundheits-polizeilichen Rücksichten zu empfehlen sei; eine Ansicht, welcher die Versammlung sich anschloß.

§. 66. Auf Grund zweier Anträge des Bürger-Vereins und des Herrn Nieß wird auf Empfehlung der Commission von der Versammlung beschlossen, im 2. Absätze zu sagen:

»dürfen in der Regel nicht höher als 8 Fuß sein«  
und hinzuzufügen:

»Die Bestimmungen der Gartenordnung werden hierdurch nicht geändert.«

§. 68. Ein Antrag des Herrn Fabricius zu diesem §., wonach hinzugefügt werden soll, daß die Gesuche um Dispensation schriftlich einzureichen sind und die besonderen Verhältnisse, auf die sie sich stützen, klar darlegen müssen, wurde von dem Herrn Antragsteller zurückgenommen, nachdem der Herr Referent darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es im Interesse eines rascheren Verfahrens zweckmäßig sei, auch die mündliche Eingabe der Dispensionsanträge zu Protokoll zu gestatten.

§. 69. Ein vom Bürger-Vereine auf Streichung des zweiten Satzes im ersten Absätze gerichteter Antrag, welchen die Commission mit Beziehung auf den zum §. 34 gefaßten Beschluß befürwortet hat, wurde ohne Besprechung angenommen.

§. 70. Von Seiten des Bürger-Vereins war die folgende Aenderung dieses §. vorgeschlagen:

»Gemeinschaftliche Fachwerkwände sind bei Neubauten verboten (§. 6 der revidirten Feuer-Ordnung), gemeinschaftliche Brandgiebel aber zu gestatten«.

Die Commission empfiehlt dagegen die Beibehaltung der im Entwurfe befindlichen Fassung, jedoch mit dem Zusätze:

»die Bestimmung des §. 6 der Feuer-Ordnung, letzter Absatz, bleibt bestehen«.

Die der Versammlung angehörenden Mitglieder des Bürger-Vereins schlossen sich diesem Vorschlage an, worauf derselbe genehmigt wurde.

Herr Nieß hat beantragt, den §. 75 folgendermaßen zu fassen:

»Wer die Verpflichtung, das Wasser so abzuleiten, daß der Nachbar dadurch nicht berührt wird, nicht übernimmt, hat sich drei Fuß von des Nachbarns Gränze fern zu halten und das Wasser auf seinem eigenen Grunde durch eine Gasse abzuführen.«

In wesentlicher Uebereinstimmung hiemit hat die Commission vorgeschlagen, in der ersten Zeile hinter »ein Dach« einzuschalten:

»ohne dasselbe mit einer Dachrinne zu versehen« — und die Versammlung genehmigte diesen Zusatz, mit dem sich auch Herr Nieß einverstanden erklärte.

§. 77. Nach einem Antrage des Herrn Nieß soll der ganze §. mit Ausnahme des Schlusssatzes gestrichen werden. Derselbe motivirte ihn dahin, daß, wie die ganzen jetzt bestehenden Traufensalls-Gerechtigkeiten ein Uebelstand seien, so die im Entwurfe zum Schutze derselben vorgeschlagenen Maßregeln übermäßig hart erschienen, da der Zwang zur Vorrichtung von Pultdächern dem verpflichteten Nachbar, der unter Umständen mit seinem Dache bis nahe zur Erde werde herabrücken müssen, das Bauen häufig unmöglich machen werde.

Die Commission hatte sich für Beibehaltung des Entwurfes entschieden und die Herren Haeusler, Desterreich, Lissebon und Kronheim entgegneten auf den Vortrag des Herrn Nieß, daß es nicht Sache der Versammlung sein könne, die fr. civilrechtlich begründeten Gerechtigkeiten zu modificiren; daß dem Schutze derselben die im Entwurfe enthaltenen Vorschriften erforderlich seien, und daß daher, wenn, wie Herr Nieß wolle, auch nur der Schlusssatz des §. stehen bleibe, die in ihm enthaltene Bestimmung im Einzelfalle regelmäßig die Errichtung von Pultdächern werde nothwendig machen; daß aber endlich die angeblich großen Nachtheile des verpflichteten Nachbarn sich durch zweckentsprechende Construction des Pultdaches würden abwenden lassen.

Bei der Abstimmung verwarf die Versammlung den Nieß'schen Antrag.

§. 79. Nach dem Vortrage des Herrn Referenten hält die Commission den Eingang dieses §. für zu allgemein gefaßt, indem es sich hier nur um solche Veränderungen des Grund und Bodens handeln könne, welche auf das Terrain der Nachbarn von nachtheiligem Einflusse seien. Die Commission beantragt daher, ihr eine andere, enger gefaßte, Redaction dieses §. zu übertragen, wozu von der Versammlung die Genehmigung ertheilt wird.

§. 81. Sowohl von Seiten des Bürger-Vereins als des Herrn Nieß ist die Weglassung des §. beantragt.

Die Commission hat sich, wie der Herr Referent berichtet, zu einem bestimmten Antrage nicht veranlaßt gesehen, obwohl auch der hiesige Architekten-Verein die Streichung des §. für ungefährlich erklärt habe.

Bei der Debatte wurde gegen die im §. enthaltene Bestimmung, namentlich von den Herren Nieß und Meyer, im Wesentlichen vorgebracht, daß dieselbe auf einer Ungerechtigkeit gegen die Werkmeister beruhe, die häufig besonders bei plötzlichen Aufkündigungen, völlig außer der Lage seien, eine im Voraus und für normale Verhältnisse bestimmte Anzahl von Arbeitern beizubehalten; daß es ferner nicht selten zweckmäßig sei, die Zahl derselben je nach Bedürfniß zeitweise zu verringern, und zeitweise zu erhöhen; daß daher der Zwang, gerade eine festgesetzte Anzahl Arbeiter beim Bau zu beschäftigen, öfters selbst zum Nachtheile des Bauherrn werde reichen können; daß auch die beabsichtigte Vorschrift nur zu leicht von den Arbeitern zur Chifane gegen die Werkmeister werde benutzt werden, und daß endlich, wie schon die civilrechtliche Haftungsspflicht der Accordübernehmer dem Bauherrn hinreichende Sicherheit gegen Verzögerungen des Baues gewähre, so eine polizeiliche Zwangsmaßregel da zweckwidrig sei, wo der durch sie Bedrohte gänzlich und ohne einige Schuld außer Stande sei, der Auflage zu genügen.



Von anderer Seite, insbesondere von den Herren Aronheim, Lissebon und Desterreich, wurde auf diese Ausstellungen erwiedert: Die wichtigsten der gegenrüschen Bedenken seien allerdings der Art, daß sie einen gewissenhaften Werkmeister von der Ueberrnahme eines Accords, wie ihn der §. vor Augen habe, abhalten könnten; allein diese Einwendungen trafen die beabsichtigte Vorschrift nicht, welche sich nur auf die Fälle beziehe, wo die Accordübernehmer sich ausdrücklich zur Stellung einer bestimmten Zahl Arbeiter verpflichtet hätten; der §. lasse mithin jedem Werkmeister die volle Freiheit, unter Ablehnung jener Verpflichtung sich auch der in ihm angedrohten Folge derselben zu entziehen; für den hier einzig und allein in Betracht kommenden Fall genüge aber, wie die Erfahrung ausweise, die civilrechtliche Haftung der Accordübernehmer keineswegs, und die durch Androhung einer Polizeistrafe beabsichtigte größere Sicherstellung des bauenden Publikums sei auch im öffentlichen Interesse der Commüne zu empfehlen, das an der Beschleunigung oder Verzögerung der Bauten nicht unbetheiligt sei; übrigens werde auch die Stellung der Werkmeister ihren Arbeitern gegenüber durch die beantragte Neuerung schwerlich erheblich verändert werden, indem die civilrechtliche Haftung der Meister an und für sich schon und abgesehen von der neuen Strafbestimmung den Arbeitern eine Handhabe zur Chikanirung der Erßtern auch früher gewährt habe und voraussichtlich ferner gewähren werde.

Bei der Abstimmung entschied sich die Versammlung mit großer Majorität für die Beibehaltung des §.

§. 82. Herr Nieß will die unter N 2 bezeichnete Verpflichtung gestrichen haben. Nachdem jedoch der Herr Referent Namens der Commission vorgetragen hatte, daß die Wissenschaft des Stadtbaumeisters von dem bevorstehenden Abbruche eines Gebäudes deßhalb erforderlich sei, damit derselbe dabei das öffentliche Interesse (z. B. durch Absperrung der Straße) wahren könne, lehnte die Versammlung den Nieß'schen Antrag ab.

§. 85. Der Bürger-Verein hat sich gegen die Bestimmung sub 1, seinem Antrage zum §. 81 entsprechend, sowie gegen die Schlußbestimmung gegen letztere deßhalb erklärt, weil die hier in Aussicht gestellten Strafen so weit gehender und tief eingreifender Art seien, daß dieselben nicht so sehr einer Bau-Ordnung als vielmehr einer Polizeistraf-Ordnung beizufügen sein möchten.

Auch Herr Nieß hat die Abänderung des §. in Gemäßheit der von ihm zum §§. 87 und 82 gestellten Anträge in Vorschlag gebracht.

Die Versammlung verwarf jedoch sämtliche Anträge in Uebereinstimmung mit dem Commiffionsgutachten und den von ihr früher gefaßten Beschlüssen.

§. 86. Ein von Herrn Nieß gestellter Antrag auf Streichung dieses §. wegen der in ihm liegenden zu großen Härte, wird von der Versammlung verworfen, nachdem Herr Haeusler Namens der Commission ausgeführt hatte, daß die Vorschrift desselben sich zwar von selbst verstehe, aber um Zweifel zu begegnen, hier ganz am Platze sei.

§. 89. Sowohl von Seiten des Bürger-Vereins, als von den Herren Nieß und Fabricius ist das Wegfallen dieses §. beantragt.

Die diesem Antrage zu Grunde liegende Ansicht, welche in der Versammlung durch die Herren Nieß, Fabricius und Nothdurft vertreten wurde, geht dahin, daß, da die Polizeibeamten in der Regel vom Bauwesen nichts verstanden, eine Ueberwachung

der Bau-Ordnung Seitens derselben überflüssig erscheine, und insoweit sie von den untern Beamten gelübt werde, leicht lästig und chikanös werden könne.

Von vielen Seiten, namentlich von den Herren Haeusler, Desterreich, Aronheim, Caspari, Meyer und Lissebon, wurde dagegen die Besorgniß, daß die Bestimmung zu einer unmotivirten Einmischung der Polizeibeamten in rein technische Dinge, die Veranlassung geben werde; als eine grundlose bezeichnet und darauf aufmerksam gemacht, daß sie in ihrer wahren praktischen Bedeutung eine zweckmäßige ja nothwendige sei. Insbesondere wurde angeführt, daß, wie die Polizeibeamten schon in Folge ihrer Instruction zur Ueberwachung der Aufrechterhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen mithin auch der städtischen Statute verpflichtet seien, so auch fast jedes der letzteren diese Befugniß sowohl als Verpflichtung ausspreche; daß man behuf Ausführung der Bauordnung der Dienste namentlich der untern Polizeibeamten gar nicht entbehren könne, indem z. B., bei der Abneigung des Publikums gegen Denunciationen, etwaige die Interessen des Publikums unmittelbar berührende, besonders die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdende Uebertretungen des Statutes gerade nur von den Polizeidienern, zur Anzeige gebracht werden würden und könnten; daß auch die Streichung des nun einmal in den Entwurf aufgenommenen §. schwerlich die Bewilligung des Herzoglichen Staats-Ministerii erlangen werde.

Die Versammlung genehmigte bei der Abstimmung die Beibehaltung des §.

§. 91. Der Bürger-Verein hat den ersten Passus dieses §. für viel zu weit gehend erklärt. Jedoch genehmigt die Versammlung auf den Vorschlag der Commission die Beibehaltung desselben, nachdem der Herr Referent die Zweckmäßigkeit der in ihm enthaltenen Vorschrift und ihre Uebereinstimmung mit dem in anderen Polizeisachen stattfindenden Verfahren dargelegt hatte.

Dagegen beantragte die Commission in Uebereinstimmung mit einer vom Bürger-Verein geäußerten Ansicht, den zweiten Absatz des §. von dieser Stelle zu entfernen und mit dem zweiten Absätze des §. 18 zu verschmelzen; ein Antrag den die Versammlung genehmigte, indem sie der Commission die erforderliche neue Redaction des §. 18 übertrug.

§. 93. Herr Fabricius hat es zu diesem §. als wünschenswerth ausgesprochen daß die Auslegung des Statutes einer sachkundigen Behörde, oder doch einem Schiedsgerichte, und nicht der Entscheidung eines stübirt Richters unterworfen werde.

Die Herren Haeusler, Caspari, Aronheim und Desterreich machten jedoch auf die Angemessenheit der im Entwurfe enthaltenen Bestimmung, deren Abänderung in dem von Herrn Fabricius gewünschten Sinne auch wohl außer der Competenz der Versammlung liege, aufmerksam, und letztere genehmigte hierauf die Beibehaltung des §.

Nachdem so die Berathung der einzelnen §§. erledigt war brachte der Herr Vorsitzende den ganzen Entwurf, jedoch unter Vorbehalt der der Commission überlassenen Redactions-Änderungen, zur Abstimmung, und nahm die Versammlung denselben so, wie er aus den Berathungen hervorgegangen, mit sämmtlichen gegen drei Stimmen an; worauf die Sitzung geschlossen wurde.